

Siebentes Kapitel.

Die Freiheit in den Gilden.

I.

Den ersten Angriffspunkt der Kollektivistinnen gegen das Gildensystem gibt gewöhnlich, wenigstens formal, das Interesse der Konsumenten. Sie versuchen zu beweisen, daß die Gilden notwendigerweise die „Allgemeinheit ausbeuten“ würden. Ist dieser Angriff erfolgreich zurückgeschlagen, so wenden sie sich an die Produzenten selbst mit der Frage, ob sie denn glaubten, daß durch das Gildensystem der einzelne Arbeiter größere Freiheit bekommen würde? Die modernen Produktionsmethoden, sagen sie, seien so kompliziert und so großzügig, daß sich die individuelle Freiheit des Handwerkers unmöglich wieder herstellen läßt. In Anbetracht dieser Tatsache ist es für die Freiheit ziemlich gleichgültig, in welcher Weise die Industrie organisiert ist; das einzig Vernünftige ist es, sich auf die Erreichung der größtmöglichen Produktionssteigerung und der bestmöglichen Verteilung zu konzentrieren. Da das Individuum weder in einem kapitalistischen noch in einem kollektivistischen noch in einem ungeheuren System von Gilden frei sein könne, wozu noch länger über Freiheit schwätzen, wenigstens auf industriellem Gebiet?

Ich glaube, daß ich die kollektivistische Beweisführung richtig dargestellt habe; sie ruht auf zwei Trugschlüssen. Zunächst wird behauptet, daß der Kollektivismus, dieses Trustsystem par excellence, zur Produktionssteigerung beiträgt, und zweitens, daß das Gildensystem durchaus bürokratisch sein müsse. Ich werde diese beiden Punkte der Reihe nach besprechen, aber meine eigentliche Sorge betrifft den zweiten Punkt, weil ich glaube, daß er auf einem voll-

kommenen Mißverstehen des industriellen Organisations-systems, das die Gildenanhänger wollen, beruht.

Das erste Argument beruht auf dem doppelten Trugschluß, daß Selbstverwaltung nichts mit Leistungsfähigkeit, und Freiheit nichts mit Selbstverwaltung zu schaffen habe. Das heißt die Lebensanschauung aller guten Menschen leugnen. Gegen diese Auffassung des Kollektivismus richtet sich unser Hauptangriff. Der Schlüssel zu wirklicher Leistungsfähigkeit ist die Selbstverwaltung; jedes System, das sich nicht auf Selbstverwaltung aufbaut, ist nicht bloß knechtisch, sondern auch leistungsunfähig. Ebenso wie die Arbeit des Lohnsklaven immer noch besser ist als die des Leibeigenen, so wird die Arbeit des freien Mannes noch tausendmal besser sein als die eines unfreien.

Darauf wird der Kollektivist antworten: „Das mag schon stimmen, aber unter den heutigen Bedingungen steht die Freiheit gar nicht zur Diskussion. Durch die maschinelle Produktion wird der Mensch zu der Stellung eines Zahnes im Radgetriebe heruntergedrückt. Laßt uns also für den Kollektivismus arbeiten, damit wir durch hohe Löhne wenigstens die größte mechanische Leistungsfähigkeit erreichen.“

Eine solche Beweisführung übersieht nicht nur die Menschlichkeit der Arbeit, sondern verkennet auch vollständig das Wesen der Freiheit. Freiheit ist nicht einfach die Abwesenheit von Zwang; sie erlangt eine höhere Form, wenn sie zur Selbstverwaltung wird. Ein Mensch ist noch nicht frei, wenn er sich gestattet, jeder müßigen Laune nachzugeben: er ist frei, wenn er sein Leben einem herrschenden Zweck unterordnet oder einem Zwecksystem entsprechend meistert. Ebenso wenig ist ein Mensch frei in einer gesetzlosen Gesellschaft: er ist am freiesten, wenn er mit seinesgleichen zusammen die Gesetze gibt. Immer wieder haben die Sozialisten diese Beweisführung gegen den anarchistischen Individualismus Herbert Spencers angewandt und trotzdem waren sie die ersten, die gegen die Reichsgilden diese Wiederholung des offenkundigsten Trugschlusses des Individualismus

ins Feld geführt haben. Sie behaupten, es sei sehr wesentlich, ob sich ein Mensch politisch selbst regiere oder nicht, aber sie halten es für unwesentlich, ob er sich industriell regiert oder nicht.

Vor hundert Jahren herrschte ganz allgemein die Theorie, daß die Demokratie wohl für den kleinen Stadt-Staat, nicht aber für den großen Nationalstaat anwendbar sei. Rousseau selbst, der Vater des modernen demokratischen Idealismus, hat diese Ansicht in seinem Contrat Social ausgesprochen, und sie wurde in jener Zeit von vielen Denkern der verschiedensten Schulen geteilt. Trotzdem besteht heute selbst in den größten Staaten eine Art politischer Demokratie, und die überlebenden Vertreter der Autokratie stellen ihre Sache jedenfalls nicht mehr auf den Umfang des modernen Staates. Man gibt allgemein zu, daß das Individuum, selbst in der größten Gemeinschaft, unter einem demokratischen System freier ist, als unter einem autokratischen. Und man hat erkannt, daß seine Freiheit weniger in dem Fehlen des Zwanges, als in der Verwirklichung der Selbstverwaltung liegt.

Die Ansicht Rousseaus und seiner Generation war zweifellos weitgehend bedingt dadurch, daß damals die Möglichkeiten der örtlichen und provinziellen Selbstverwaltung noch nicht erkannt waren. Auf die Anwendung dieser Dezentralisationsmethoden komme ich im nächsten Abschnitt bei Besprechung des zweiten Trugschlusses der kollektivistischen Beweisführung zurück. Augenblicklich möchte ich von der Anwendung des Selbstverwaltungsprinzips auf die Industrie in seiner allgemeinsten Form sprechen.

Jene Gemeinschaft ist die freieste, in der alle Individuen den größten Anteil an der Leitung ihres gemeinsamen Lebens haben. In jedem Freiheitskampf haben die Unterdrückten als wesentliche Vorbedingung zu jeder Selbstverwaltung das Recht verlangt, ihre eigenen Herrscher zu wählen. Das gilt nicht minder für die Industrie als für die Politik. Solange der Staatsbürger einen König und ein Parlament hat, das ihm ohne seinen Willen übergeordnet wurde, kann er nicht frei sein.

Ebensowenig ist der Arbeiter frei, solange ihm seine Aufseher und Direktoren von einer äußeren Gewalt aufgezungen werden, möge diese ihm noch so milde begegnen. Er muß als notwendigen Schritt auf dem Wege der industriellen Selbstbefreiung das Recht verlangen, seine Leiter selbst zu wählen. Leugnet man dies, so bedeutet das gegenüber der industriellen Demokratie die gleiche Haltung, welche die Verteidiger der Autokratie oder Aristokratie gegenüber der politischen Demokratie einnehmen.

Die Aufnahme, welche die Gildenidee bei den Sozialisten gefunden hat, beweist, daß viele Sozialisten ihre Demokratie vergessen haben. Die politische Demokratie ist ihnen nur eine bequeme Art, die „Köpfe zu zählen, um die Mühe zu sparen, sie zu zerbrechen“. Ihnen erscheint die Regierung im wesentlichen als ein Mechanismus zur Sicherung der mechanischen Leistungsfähigkeit; sie sehen nicht, daß das Problem der Selbstregierung ein moralisches Problem ist, und daß es Aufgabe der sozialen Organisation ist, den menschlichen Willen auszudrücken. Ihre Theorie ist unmenschlich, weil sie den Willen, der das Maß der menschlichen Werte ist, vernachlässigen.

Der Gildenmann geht mit mehr philosophischem Geiste an das Problem heran. Ihm liegt nicht nur an einem Mechanismus zur gleichmäßigeren Verteilung der materiellen Güter, ihm liegt noch viel mehr an einer Änderung der moralischen Grundlage der Gesellschaft, damit sie die Persönlichkeit ihrer Einzelindividuen widerspiegelt. Er will nicht nur in der Politik, sondern auf jedem Lebensgebiete dem bewußten Willen des Individuums freien Spielraum geben. Wenn er auch zugibt, daß die politische Demokratie nicht alles gehalten hat, was ihre Vorkämpfer versprochen, so lehnt er es doch ab, enttäuscht zu sein und seinen Glauben an das Ideal, für das jene stritten, aufzugeben. Er sieht scharf genug, um hinter dem Versagen der heutigen politischen Demokratie die ewige Wahrheit der Demokratie selbst wahrzunehmen, und denkt scharf genug, um das Ver-

sagen bei ihrer Anwendung zu begreifen. Wir haben geirrt, weil wir zu wenig Glauben hatten; getrieben von der Logik der Ereignisse haben wir nach Demokratie auf politischem Gebiete gedrängt, aber wir haben sie immer nur als Mittel für gewisse materielle Zwecke angesehen. Wir haben nie wirklich an die Demokratie geglaubt, sonst hätten wir sie nicht nur auf die Politik allein, sondern auch auf die übrigen Lebensgebiete anzuwenden versucht. Wir hätten nicht zugleich Demokraten in der Politik und Autokraten in der Wirtschaft sein können, sondern wir wären durchweg für Selbstverwaltung eingetreten.

Die Demokratie gründet sich in der Hauptsache auf den Glauben an die menschliche Natur. Sie behauptet, wenn sie überhaupt etwas behauptet, daß der Mensch geschaffen ist, sich selbst zu regieren. Trotzdem haben die Kollektivistin, die sich mit Worten so sehr für das demokratische Prinzip einsetzen, in jeder ihrer kritischen Äußerungen über das Gildensystem ein tiefgehendes Mißtrauen in die Natur und die Fähigkeiten der Menschen durchblicken lassen. Sie geben zwar zu, daß der Arbeiter als Bürger das Recht hat, seine Stimme bei der Wahl seines politischen Beherrschers abzugeben, aber demselben Manne verweigern sie das Recht, auch seine industriellen Beherrscher zu wählen. Der Widerspruch ist offenkundig, seine Erklärung schimpflich.

Man hat die politische Demokratie angenommen, weil sie in solchem Maße versagt hat; der Widerstand gegen sie hat nur dadurch aufgehört, daß sie den Willen des einzelnen Bürgers nicht zum Ausdruck gebracht hat. Die Gegner der industriellen Demokratie fürchten diese deshalb, weil sie glauben, sie könnte sich als wirksam erweisen, das Individuum könnte zu seinem Rechte kommen, und während es seine eigene Industrie kontrollieren lernt, auch lernen könnte, die politische Maschinerie zu kontrollieren. Der Tag, an dem der einzelne dieses gelernt hätte, würde natürlich ein schwarzer Tag im Leben der bureaukratischen Gaukler der Mensch-

heit sein, die wir immer noch Staatsmänner — manchmal sogar Neue Staatsmänner (New Statesman) — nennen.

Die Kollektivistten können wählen: entweder sind sie Kinder, welche die Freiheit hassen, oder Narren, die nicht wissen, was Freiheit ist, oder etwas von beidem. Knaben sind überhaupt keine Sozialisten, ihre ganze Lebensauffassung trennt sie von der Idee der Demokratie, die für jeden wirklichen Sozialismus wesentlich ist. Narren können vielleicht Sozialisten werden, wenn sie sich eine Philosophie zurechtlegen können, wenn sie nicht mehr annehmen, daß die soziale Organisation eine rein mechanische Angelegenheit, und Selbstverwaltung ein bloßes Mittel sei, sondern die moralische Grundlage des Sozialismus zu begreifen versuchen. Tun sie das, so müssen sie verstehen, daß die politische Demokratie für sich allein wertlos und die wirtschaftliche Demokratie ihre wesentliche Grundlage ist — die Äußerung des gleichen Grundprinzips in einer anderen Sphäre. Sie werden sehen, daß die kollektivistische Theorie auf dem Mißtrauen aufgebaut ist, und wenn sie gute Menschen sind, werden sie sie schon allein aus diesem Grunde verwerfen.

In den britischen Seelen ist der Glaube tief eingewurzelt, daß die ekelhaftesten Medizinen auch die heilsamsten seien. Ebenso glauben wir nur zu leicht, daß das abscheulichste soziale Organisationssystem auch das leistungsfähigste sein müsse. Wie viele Sozialisten des alten Schlages gibt es denn, die in ihrem innersten Herzen glauben, der Kollektivismus würde uns ein — im kapitalistischen Sinne — leistungsfähigeres Produktionssystem beschaffen als das heutige? Die Hast, mit der sie gegen die Reichsgilden die gleichen Gründe ins Feld führen, die von den Antisozialisten mit mindestens der gleichen Berechtigung gegen sie selbst angeführt wurden, beweist nur, daß sie immer gezweifelt haben. Sie lehnen die Beweisführung der Gildenleute, derzufolge ein gutes Produktionssystem auch gute Menschen fordert und ein Mensch als Produzent nur gut sein kann, wenn er frei ist, als absurd ab. Der Kollektivismus ist der „ungläubige Thomas“ der

sozialistischen Religion, er hat seinen Glauben an die mittelviktorianische Ketzerei der Erbsünde nur mit einem äußeren Anstrich von Humanität versehen. Auf einem so düsteren Evangelium der Verzweiflung kann man keine große Gesellschaft aufbauen. Überdies, wenn die Menschen so sind, lohnt dann das Bauen überhaupt?

II.

Ich komme jetzt zu dem zweiten Trugschluß, mit dem die Kollektivistten gegen das Gildensystem arbeiten, nämlich daß es dem einzelnen Arbeiter angeblich keine Freiheit bringen würde. Weist der Gildenanhänger auf die Gefahr der Bürokratisierung im kollektivistischen Staat hin, so begegnet er einem tu quoque; die Gilden, so entgegnet man ihm, werden nicht minder bürokratisch sein. Ja noch in höherem Maße, denn sie werden die eine große Tyrannei des zentralisierten Staates durch eine Menge kleiner Tyrannen ersetzen, von denen jeder einzelne das Individuum nicht weniger unterdrücken wird, wie es der verantwortliche Staatsbeamte wahrscheinlich tun würde. Oder wie Sir Leo Chiozza Money es ausgedrückt hat: ein Tyrann ist nicht weniger tyrannisch, weil er nur ein kleiner Tyrann ist.

Diese und ähnliche Ansichten werden von Kritikern der verschiedensten Typen geteilt. Sie ist einerseits die Beweisführung der Bürokraten, die jedes Streben nach Freiheit als Unsinn hinstellen wollen, andererseits wird eine sehr ähnliche Ansicht von Anhängern der Freiheit vorgebracht, die zwar die industrielle Demokratie zu verwirklichen wünschen, aber die Zentralisation fürchten, die sie vom Wesen der Reichsgilden für unzertrennlich halten. Beide Arten von Einwänden müssen besonders beantwortet werden, wobei die Antworten freilich nicht ganz auseinandergehalten werden können. Ich will mich in diesem Abschnitt nur mit der ersten Angriffslinie beschäftigen, und erst im nächsten auf den zweiten Einwand zu sprechen kommen, der gefährlicher ist, weil ihm ein würdigerer Beweggrund zugrunde liegt.

Es wird sich aber empfehlen, erst die Girondisten zu guillotiniern, ehe wir unser Augenmerk auf die Jakobiner richten. Der Kollektivist behauptet, daß dem Arbeiter nur die Wahl zwischen zwei Tyranneien freistünde, und daß die Tyrannei des Staatssozialismus weniger drückend und dabei wirkungsvoller sein würde, als die der Gilden. Welche soll er nun wählen: die Tyrannei der Staatsressorts oder die Tyrannei der großen Körperschaften?

An dieser Stelle ist es wieder einmal notwendig, die Kollektivistinnen daran zu erinnern, daß sie es mit Menschen und nicht mit Maschinen zu tun haben. Das Problem läßt sich nur in allgemein menschlicher Weise beantworten. Wir müssen uns fragen, welches der beiden Systeme geeigneter ist, die Initiative und Unabhängigkeit zu fördern? Denn die Gefahr der Bürokratisierung in einem Organisationssystem ändert sich in umgekehrtem Verhältnis zu dem Geist der Unabhängigkeit der den von ihm beherrschten Einzelpersonen innewohnt.

Wir waren uns darüber einig, daß die politische Demokratie unwirksam sei, weil sie — auf einem autokratischen Wirtschaftssystem fußend — nicht die Kräfte ins Leben ruft, die zur Kontrolle des Systems nötig sind. Das Individuum hat keine Kontrolle über den großen Mechanismus der heutigen Politik, nicht weil der Staat zu groß ist, sondern weil man ihm keine Gelegenheit gibt, auch nur die Anfänge der Selbstverwaltung innerhalb einer kleineren Einheit zu erlernen. In seiner täglichen Arbeit untersteht er einer Autokratie, die bei jeder Gelegenheit seine natürlichen Anlagen zur Selbstverwaltung und Selbstbehauptung nicht bloß nicht entwickelt, sondern sogar unterdrückt. Autokratie in der Industrie spiegelt sich unweigerlich in politischer Bürokratie wieder. Aus diesem Grunde hat man oft angenommen, daß alle Einrichtungen von Natur aus bürokratisch sind, und, an der Freiheit verzweifelnd, konzentrierten sich die Menschen darauf, die Zahl der verantwortlichen Bürokraten zu vermindern. Aber industrielle Demokratie ist

etwas ganz anderes als politische Demokratie. In der Industrie hat der einzelne es mit Dingen zu tun, die er versteht, und steht nicht unter dem Eindruck des verschwommenen Blendwerks, mit dem die Politiker ihre eigene Arbeitsweise zu umgeben verstehen. Der Gildenbeamte wird nicht in die Fußtapfen des Politikers treten können, weil das Gildenmitglied ihm bald auf seine Schliche kommen und ihn kontrollieren lernen wird.

Kein Gildenanhänger wird bestreiten, daß Disziplin und Ordnung in der Gilde notwendig sind. Er leugnet nur die preußische Theorie, derzufolge die Disziplin nur durch Tyrannei gesichert werden kann. In einer Gilde, die vom Geist der Gleichheit durchdrungen und mit demokratischen Einrichtungen wohl versehen ist, wird sich die notwendige Disziplin von selbst einstellen. Denn der Mensch ist nicht von Haus aus ein Aufrührer gegen die Ordnung, solange die Ordnung selbst nicht ungerecht ist.

Viele Male habe ich von Unternehmern über diesen Punkt in einem Atemzuge zwei ganz widersprechende Ansichten äußern hören. Nachdem sie uns eben erzählt haben, alle Arbeiter seien faule Hunde und nur die eiserne Faust taue für sie, fahren sie in gleichem Zuge fort zu sagen, ihre Arbeiter machten ihnen keine Sorgen, weil sie immer die richtigen Leute über sie setzten. Hinter diesem Widerspruch steckt eine bedeutungsvolle Wahrheit. Es ist sehr wichtig, welche Art von Aufsehern der Arbeiter über sich hat. Wo der Aufseher, wie dies in allzuvielen Fabriken der Fall ist, wegen seiner menschenschinderischen Eigenschaften ausgesucht wird, ist der Arbeiter natürlich und mit Recht ein „fauler Hund“, er macht seine Arbeit murrend, weil er sie unter argwöhnischem Zwang verrichten muß. Wo aber der Unternehmer genug Verständnis hat, in seinem eigenen Interesse Aufseher zu wählen, die zu ihren Leuten Vertrauen haben und sie als Menschen behandeln, wird die Arbeit vielfach gut und gern geleistet, ungeachtet der dauernden Ausbeutung, unter welcher der Arbeiter leidet. So sehr sind

die meisten Menschen bereit zu arbeiten und zu gehorchen, daß sie schon für ein so geringes Entgegenkommen willig sind, die große Ungerechtigkeit des Kapitalismus selbst zu vergessen.

Das ist schon bei dem heutigen System so; um wieviel mehr wird es im Gildensystem sein, wo kein Gedanke an Ausbeutung die Arbeiter zurückhalten wird, mannhaft ihr Bestes zu tun! Für einen kapitalistischen Unternehmer gute Arbeit leisten heißt, bei richtiger Betrachtung der Verhältnisse, nichts anderes, als einem Diebe helfen, erfolgreicher zu stehlen; gute Arbeit für die Gilde wird im Interesse einer Gesellschaft von Gleichberechtigten geleistet und wendet sich an einen der stärksten und edelsten menschlichen Beweggründe — an das Gefühl der Kameradschaft. Selbst ein nur rationalistisch denkender Mensch würde für seine Gilde gut arbeiten, um wieviel lieber würde das noch der Durchschnittsmensch tun, der ein Gefühlswesen ist, immer mehr geneigt zu geben, als zu nehmen, wenn er nur fühlt, daß er einem Gleichstehenden und Kameraden gibt!

All dies wird den hartgesinnten Geschäftsleuten, die sich in den letzten Jahren zum Kollektivismus bekehrt haben, als blühender Unsinn erscheinen, vielleicht auch den sentimentaleren Massen der sozialistischen Bewegung, die eine fast weinerliche persönliche Güte mit der Fähigkeit vereinen, die zynischsten Lehren über die menschliche Natur herunterzuschlucken. Die Fabianische Erbsünde des Mißtrauens ist tief in unsere Seelen eingedrungen; selbst wenn wir zugeben, welch großen Unterschied ein guter Aufseher für den Geist des Betriebes ausmacht, vermag die Mehrzahl von uns nicht zu glauben, daß die Gildendarbeiter es verstehen werden, sich den richtigen Aufseher selbst zu wählen. Ebenso wie man in der Politik die Demokratie fürchtet, weil sie die Demagogen zur Macht bringt, fürchtet man die Demokratie auch in der Industrie, weil die Arbeiter wirtschaftliche Demagogen zu ihren Führern wählen könnten.

Der Umstand, daß diese Furcht in der Politik nicht unbegründet ist, verleiht diesem Argument eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Die Entgegnung der Gildenvertreter stützt sich jedoch auf den Unterschied zwischen Politik und Wirtschaft. Der Demagoge kann im politischen Leben Erfolg haben, weil der einzelne Wähler fast keinen Einfluß auf ihn hat; es gibt keinen politischen Kontrolleur, der den Arbeiter darauf aufmerksam macht, wann er betrogen wird. Der Politiker hält seine Wahlreden und wird im Triumph ins Parlament geschickt — auf Versprechungen hin. Er behält seine Macht mehrere Jahre, in deren Verlaufe sich die verschiedensten Ereignisse vollziehen. Danach kehrt er oder ein ihm sehr ähnlicher Mann, der als Gegenkandidat aufgestellt wird, in seinen Wahlkreis zurück und verspricht noch mehr. Der Arbeiter kann, selbst wenn er unter Ungerechtigkeiten und Unterdrückung zu leiden hat, seine Klagen dem freundlichen und überzeugenden Gentleman im Gehrock kaum deutlich machen. Er lauscht von neuem der blendenden Rhetorik, und der Demagoge gelangt erneut zur Macht. Oder aber der Arbeiter entschließt sich zu einem Wechsel und wählt den anderen Mann — „plus ça change, plus c'est la même chose“. Die Missetaten der Politiker werden nicht ihnen selber angekreidet — sie strafen nicht sich selbst.

Aber kann irgendein vernünftiger Mensch glauben, daß die Demokratie in der Industrie den gleichen Weg einschlagen würde? Überlegen wir uns einmal die schlimmsten Möglichkeiten des Falles. Man wird in den Gilden viele Arten verschiedener Beamten zu wählen haben, angefangen vom Betriebsaufseher bis zu den Mitgliedern des nationalen Exekutivausschusses. Betrachten wir die beiden extremen Fälle gesondert.

Setzen wir den Fall, daß die Arbeiter anfangs, wenn sie das Recht zur Wahl ihrer Leiter bekommen, die Tendenz haben werden, sich unfähige Aufseher auszusuchen. Höchst wahrscheinlich wird dieser Fall wirklich

eintreten, aber was folgt daraus? Die Arbeiter werden bei jeder Gelegenheit, zu jeder Tagesstunde, sich der Unfähigkeit des von ihnen gewählten Mannes bewußt werden. Dieser Mann befaßt sich mit Dingen, die sie selbst verstehen, und die Leute, die ihr Geschäft besser verstehen als er, werden seine Einmischung gar bald übel vermerken. Wenn der Tag der Neuwahl wieder herankommt, werden die Arbeiter von ihm und seinesgleichen genug haben und einen fähigeren Mann an seiner Statt wählen. Die Arbeiter müssen erst die Kunst lernen, sich den richtigen Aufseher zu wählen; aber wer kann zweifeln, daß unter diesen Umständen die Aufgabe gelernt, und zwar sehr schnell gelernt werden wird?

Dieser Punkt wäre klargestellt, aber wie steht es mit dem anderen Extrem? Werden die Arbeiter imstande sein, ihre nationalen Beamten zu wählen, zumal diejenigen, die höhere technische, kaufmännische und fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen müssen? Zugegeben, daß dies nicht so leicht ist, so wird auch hier die Methode des Versuchs und Irrtums ihre Wirkung tun. Überdies werden die Arbeiter, wenn sie gelernt haben, sich die richtigen örtlichen Offiziere auszusuchen, die erste große Aufgabe der Selbstverwaltung bewältigt haben; sie werden in der Lage sein, weiterzugehen und auch die weiteren Aufgaben zu meistern.

Wie wir später im einzelnen sehen werden, braucht die nationale Gildenexekutive nicht durch eine einfache Urabstimmung aller Mitglieder gewählt zu werden. Man könnte die verschiedensten Arten der örtlichen und beruflichen Wahl einführen, je nach dem Bedürfnis der verschiedenen Gilden. Auf diese Weise würde die gemeinschaftliche Fähigkeit jedes Bezirks und jedes Berufes in der Industrie zur Auswirkung kommen, und die gleichen Antriebe zur richtigen Wahl, die sich bei der Erwählung des Aufsehers geltend machen, ins Spiel treten. Eines der Hauptprobleme der Gildenverwaltung wird die Schaffung einer nationalen Exekutive sein, die den Gesamtwillen der Mitglieder ausdrückt.

Darüber später mehr. Aber wie verhält es sich mit den

ausgesprochen berufsmäßig vorgebildeten Gildenbeamten; wie verhält es sich mit den Leuten, die den technischen Sachverständigen, den Generaldirektoren und den Führern der heutigen Industrieabteilungen entsprechen? Für diese brauchen wir die Methode der Massenwahl nicht anzuwenden, in vielen Fällen würden sie wohl vom Exekutiv-ausschuß ernannt werden. Der technische Sachverständige kann nicht gut durch Massenabstimmung gewählt werden, weil sein Sachverständnis ex hypothesi von der Mehrzahl der Gildenmitglieder nicht beurteilt werden kann. Das gleiche gilt in gleichem Maße, für die kaufmännischen Sachverständigen, denen die Handelsgebarungen der Gilde obliegen werden. Auch sie können nicht durch Massenabstimmung gewählt werden. Es genügt, daß sie einer Obrigkeit unterstehen, die unmittelbar die ganze Gilde vertritt, denn die Sachverständigen haben die Aufgabe, die Mittel zur Erfüllung der Ziele der Demokratie herbeizuschaffen. Man könnte es der Exekutive wohl überlassen, alle Sachverständigen auszusuchen und zu kontrollieren. Falls sich der Sachverständige mißliebig macht, und die Exekutive es ablehnt, ihn zu entfernen, müßte die Angelegenheit in der Delegiertenversammlung ausgetragen werden, die in diesem Falle die Entscheidungsinstanz wäre.

Der Klarheit zuliebe habe ich die Sachlage sehr konkret und dogmatisch dargestellt, aber natürlich könnten die Gilden trotzdem das Spiel „Betrügt den Propheten“ spielen. Die Gilde wird ihre eigenen Methoden der demokratischen Regierung bestimmen; ich kann hier nur die Lösung angeben, die mir am wahrscheinlichsten scheint.

Es scheint also, daß die Gilde wohl imstande ist, ihre Führer zu beiden Enden der Reihe zu wählen, sowohl für die kleine Betriebseinheit, wie für die große nationale Einheit. Sie wird die Kunst der Selbstverwaltung sicherlich nur allmählich lernen und zuerst Fehler machen; aber diese Fehler werden größtenteils in die Übergangszeit fallen, wo die Gilde erst nur teilweise in der Kontrolle mitbestimmen

wird. Demokraten werden die Menschen aus Überzeugung, aber gute Demokraten werden sie nur durch Übung. Jedes neue System muß Irrtümer durchmachen, aber es überlebt seine Irrtümer, wenn das hinter ihm stehende Ideal der Menschheit würdig ist.

III.

Jeder alte Stock war gut genug, um den trägen Hund des Kollektivismus zu schlagen, aber jetzt habe ich es mit einem Angriff zu tun, der mehr Achtung verdient. Wir haben gesehen, daß die kollektivistische Beweisführung, auf ihre logischen Elemente zurückgeführt, darauf hinausläuft, daß sie für die Masse der Menschen die Freiheit weder für möglich noch für wünschenswert hält. Ich komme jetzt zu den Leuten, die sich zwar „Gildenanhänger“ nennen, aber meinen, das System der nationalen Gilden könne weder die Initiative noch die Freiheit, welche die Gilden brauchen, sichern. Sie sind erschreckt von dem Worte „National“, das The New Age immer besonders betont hat*). Meine Antwort an sie bringt mich auf den Kern der Beweisführung, die ich hier zu entwickeln versuche; denn mir liegt vor allem daran, zu beweisen, erstens daß ein Reichssystem der Industrieorganisation wesentlich ist, zweitens daß ein solches Reichssystem nicht notwendig bürokratisch und zentralistisch sein muß.

Es empfiehlt sich, zunächst die Bedenken gegen die Reichsgilden genauer zu bezeichnen. Sie werden vornehmlich von den Anhängern der mittelalterlichen Gilden vorgebracht und finden ihren vorzüglichsten Ausdruck in den Schriften A. J. Penty's. Ich schreibe ihm keineswegs alle weiter unter angeführten Meinungen zu, sondern nenne seinen Namen nur als einen der vornehmsten Verteidiger der mittelalterlichen Stellung.

*) Ich gebrauche das Wort „national“ im Gegensatz zu „lokal“. Die Streitfrage Nationalismus oder Internationalismus berühre ich hier nicht. Darüber siehe Labour in War-Time, Kap. I. (Im deutschen Text ist „national guild“ mit Reichsgilde wiedergegeben. Anm. d. Üb.)

„Der Fehler der sozialistischen Bewegung von heute“ schrieb Penty einst im New Age, „ist eine gewisse Schüchternheit, die aus ihrem immer noch in gewissem Grade vorhandenen Glauben an den Industrialismus fließt.“ „Erst wenn sie die Hoffnung aufgegeben hat, die bestehende Gesellschaftsordnung zu retten, kann sie die Grundlagen einer neuen Gesellschaft legen, indem sie Kräfte ins Werk setzt, die den modernen Bestrebungen zuwiderlaufen.“

Der eigentliche Gegenstand des Penty'schen Artikels, aus dem ich die obigen Sätze anführte, war der, mich davon zu überzeugen, daß ich im Grunde genommen ein „Industrialist“ oder „Modernist“ bin, verkleidet mit den dünnsten und durchsichtigsten mittelalterlichen Schleiern. Auf das System der Reichsgilden angewandt, würde seine Beweisführung ungefähr folgendermaßen lauten — wenigstens habe ich sie von einigen Leuten in dieser Weise gehört, die angeblich mit ihm übereinstimmen:

„Ihre Reichsgilden sind der Versuch zu einem Kompromiß. Sie versuchen die maschinelle Produktion und den Industrialismus zu retten, die Sie hassen, nur weil Sie glauben, daß die Macht der Umstände zu stark ist. Sie sind dem wirtschaftlichen Determinismus verfallen, welcher der Fluch des modernen Sozialismus war. Statt für das zu kämpfen, was Sie für gut halten, lassen Sie sich vom Strome treiben. Sie unterscheiden sich viel weniger von den Kollektivistern als Sie denken; wie diese sind Sie für Produktion in großem Maßstabe. Dies zugestanden, müssen alle Ihre Bestrebungen nach Freiheit eitel bleiben; Sie wollen den morschen Bau verbessern, während Sie ihn zertrümmern sollten. Ihre Reichsgilden, die sich auf den heutigen Kapitalismus gründen und die Erben einer traditionellen Niedrigkeit und Sklaverei sind, werden sich beinahe als ebenso niedrig und knechtisch erweisen, wie das System, das sie ersetzen sollen.“

Diese Ansicht achte und verstehe ich, wenngleich ich sie für falsch halte. Sie ist wenigstens der Irrtum eines Mannes und nicht der eines bloßen Automaten.

Ich kann an dieser Stelle nicht die Gründe für und gegen die maschinelle Arbeit wiederholen oder mehr tun, als einfach feststellen, daß die Maschinen, richtig angewandt, für einen großen Teil der Industrie wohltätig wirken, so nachteilig sie für verschiedene feinere Handwerke sein mögen. Vorausgesetzt die richtige Einstellung zu den Maschinen wäre die, sie nicht überall zu vernichten, sondern sie vom Herrn in den Diener zu verwandeln, möchte ich doch fragen, ob die gegen die Reichsgilden erhobenen Beschuldigungen wirklich berechtigt sind? Bedeutet die mechanische großbetriebliche Produktion denn unweigerlich immer Bürokratie und Verlust der individuellen Freiheit?

Wie wir im ersten Abschnitt dieses Kapitels gesehen haben, bedeutet in gewissem Sinne alles, was unser Leben kompliziert, einen Verlust an Freiheit. Das wäre aber eine Vorstellung von der Freiheit, derzufolge jede Form menschlicher Zusammenarbeit als Instrument der Sklaverei erscheinen würde. Diese Vorstellung gründet sich auf den grundsätzlichen Unglauben an die Fähigkeit der Menschen, ihr Leben anders als auf der einfachsten Grundlage zu organisieren. Es ist der Standpunkt der Leute, die den Nationalstaat ablehnen und eine Rückkehr zur Stadt oder örtlichen Gemeinde verlangen, während die Leute, die an die Reichsgilden glauben, der Meinung sind, den Forderungen der Freiheit könne auch über ein größeres Gebiet Genüge geleistet werden, wobei sie den Gefahren dieser weiteren Zentralisation durchaus mit der nötigen Wachsamkeit begegnen.

Der Nationalstaat kann, wie wir gesehen haben, nicht wirklich demokratisch sein, solange er aus einer großen, formlosen Masse von Individuen besteht, die nur durch das eine Band des gemeinsamen Bürgerrechts in der großen Gesellschaft miteinander verbunden sind. Wenn sich die Gemeinschaft wirklich selbst regieren soll, so muß sie sich in die verschiedensten Gruppen einteilen, in politische, industrielle und ähnliche, in örtliche und zentrale, innerhalb deren

die Menschen enger und stärker miteinander verbunden sind als durch das Band, das sie alle zusammen in einer Gemeinschaft umschließt. Das Gemeinde- und das Gildenleben muß stark sein, sonst entsteht Bürokratie im Zentrum und Faulheit und Gleichgültigkeit bei den Mitgliedern. Aber gilt das, was für die Gemeinschaft als Ganzes feststeht, nicht auch für die kleineren Gemeinschaften innerhalb der Gesamtheit? Wird die Struktur und die Regierung der Gilden ebenfalls kompliziert sein müssen, falls ihre Demokratie keine bloße Täuschung sein soll? Und wenn innerhalb der Gilden eine freie Verfassung geschaffen werden kann, wird dies auch nur entfernt den Einwänden jener Leute begegnen, die da fürchten, das neue System würde ebenso bürokratisch sein, wie das alte?

Es gibt viele Leute, die sich vor der Zentralisation fürchten, die ihnen im Namen Reichsgilde enthalten zu sein scheint! Aber sie haben sicher unrecht, wenn sie glauben, die Zentralisation wäre wirklich darin enthalten. Auch in einem nationalen System kann der örtlichen Initiative freier Spielraum gelassen werden.

Der Gildenanhänger besteht zunächst darauf, daß das System ein nationales sein muß. Hier kommt er schon in Konflikt mit einer entgegengesetzten Schule, die vornehmlich von den französischen Syndikalisten und ihren Vorgängern, den Kommunisten, verkörpert wird. Bakunin und seine Anhänger haben stets die autonome Gemeinde als Grundlage für den Aufbau des nationalen oder internationalen Systems angesehen. Alles, was größer war als die Gemeinde, war ihrer Ansicht nach föderalistisch; die örtliche Freiheit war der Eckpfeiler des ganzen Systems. Ihr äußerster Gegensatz waren die Zentralisten, die an die große Einheit ihrer selbst und der Leistungsfähigkeit willen glauben und von der drohenden Gefahr der Bürokratisierung ganz ungerührt bleiben. Beide Schulen haben meiner Meinung nach unrecht.

Die dritte Ansicht will ich die der Dezentrali-

sation nennen. Es ist wichtig, sich einmal klarzumachen, in welcher Hinsicht sie sich von der föderalistischen Ansicht unterscheidet, mit der sie eine oberflächliche Ähnlichkeit zu haben scheint. Der Föderalismus setzt voraus, daß alle Macht zunächst auf der kleinen Einheit ruht, die dann aus eigenem freien Willen einen Teil ihrer Macht an eine größere Körperschaft abgibt. Je größer die Einheit, um so kleiner die Kraft, denn jede Einheit kann natürlich nur einen Teil der Kraft, die sie von der kleineren Einheit unter ihr erhält, weiter geben, infolgedessen haben wir eine ständig abnehmende Kraftskala von der örtlichen bis zur nationalen Körperschaft. Der Föderalismus beginnt ganz unten und baut auf. Wie wir bald sehen werden, hat er im modernen Gewerkschaftsleben ganz deutlich versagt; er hat auch keine Aussicht, am wenigsten in England, die Grundlage für die künftige industrielle Gesellschaft abzugeben.

Die Dezentralisation hingegen setzt im Zentrum ein, mit der demokratischen, gleichberechtigten, nationalen, industriellen Gilde. Ihre Wortführer sind der Ansicht, daß mit genügsamen Stadt-Staates auch das entsprechende Ideal dem abgestorbenen Ideal des abgeschlossenen und fast selbst-des vereinzelter örtlichen Betriebes oder einzelner Betriebsgruppen dahinschwinden müsse. Die nationale Organisation der Gemeinschaft verlangt auch eine nationale Organisation der Industrie, und unter diesen Umständen läßt sich die Freiheit nur dann erhalten, wenn man ihr innerhalb einer größeren Einheit Spielraum gewährt. Ebenso wie der Nationalstaat die Autokratie nicht vermeiden kann, solange er nicht ein leistungsfähiges System örtlicher und provinzieller Einrichtungen besitzt, kann die Reichsgilde auch nur dann der Bürokratie entgehen, wenn sie von innen heraus bei sich Ordnung schafft. Soll der Staat gesund sein, so muß man der Industrie Selbstverwaltung geben, und wenn die Industrie gesund bleiben soll, dann müssen Betrieb und Örtlichkeit innerhalb der Gilde Freiheit haben.

Die Stellungnahme des Syndikalisten und des gelernten

Arbeiters, die wir eben geschildert haben, erwächst bei beiden aus ihrer Hoffnungslosigkeit, je eine wirklich repräsentative Regierung zu bekommen. Es gereicht den Reichsgildenanhängern zur Ehre, daß sie selbst inmitten der verkehrten Einrichtungen, unter denen wir jetzt leiden, nie die Hoffnung aufgegeben haben. Sie haben vielmehr auszufinden gesucht, warum in der Vergangenheit die Vertretung versagt hat, und haben erkannt, daß die Lösung in der durchgängigen Anwendung des demokratischen Prinzips liegt. Sie haben eingesehen, daß die kleine Einheit sehr wesentlich ist, aber unter den heutigen Bedingungen nur durch Unterteilung der größeren Einheit, d. h. durch Dezentralisation, erreicht werden kann. Wenn dieser Grundsatz sich für das politische Gebiet als richtig erweist, muß er auch für die Industrie Geltung haben.

Wenn sich die Kritiker der Gilden immer noch nicht zufriedengeben wollen, steht ihnen noch eine Angriffsfläche zu Gebote. Man könnte sagen, daß die ganze Tendenz der modernen Gewerkschaftsbewegung, die, wie allgemein zugegeben wird, ihren Erfolg als Kampforganisation mitbedingt, auf Zentralisation gerichtet ist. Stünde es nun nicht zu befürchten, daß die Gilden, die nach den Erwartungen der Gildenanhänger sich aus den jetzigen Gewerkschaften herausentwickeln werden, deren Zentralisation übernehmen, selbst wenn diese nicht mehr erforderlich sein sollte? Ich komme gleich auf diese Frage zurück. Im Augenblick liegt mir am meisten daran, alle Folgerungen dieser Beweisführung zu entwickeln. Die „Föderalisten“, die an die kleine unabhängige und nicht an die dezentralisierte große Einheit glauben, müssen logischerweise nicht nur am Industrialismus, sondern auch an der Gewerkschaftsbewegung verzweifeln, die das Ergebnis von Bedingungen sind, die jener mit der Zeit ersetzen will. Wenn wir nun die Hoffnung auf eine repräsentative Regierung und damit auf industrielle Demokratie aufgeben, worauf sollen wir dann noch unsere Hoffnungen gründen?

In der Regel will man von uns, daß wir zum Mittelalter zurückkehren, kühn gegen den Strom moderner Bestrebungen schwimmen, und die Produktionsmethoden einer Zeit wiederherstellen, in der Künstler und Handwerker noch nicht geschieden waren. Ich glaube, daß diese Darstellung der mittelalterlichen Verhältnisse, die für gewisse „Kunst“-Handwerke durchaus zutreffend sein mag, doch auf gedanklicher Unklarheit beruht. Sicherlich hat William Morris den Kernpunkt des Problems getroffen, als er sagte, der mittelalterliche Arbeiter hätte Freude an seiner Arbeit gehabt, weil er in ihr Freiheit hatte. In seiner Blütezeit, vor dem Verfall, vereinigte das Mittelalter die beiden Kennzeichen der Bodenständigkeit und der Freiheit. Die industrielle Welt jener Zeit war eine Städtewelt; jede Stadt war von ihren Nachbarn mehr oder minder vollständig abgesondert, und innerhalb ihrer Grenzen wurde überall so ziemlich die gleiche Art der Produktion im kleinen betrieben. Auf diese konservativen Gemeinden platzte die Bombe des Kapitalismus herunter, der zuerst nicht vom Produzenten, sondern vom Händler erfunden worden war, um die neuen Möglichkeiten des Weltmarktes auszubeuten. Der kapitalistische Handel, schon zu jener Zeit national oder international orientiert, war weit mehr als ein Wettkampf zwischen den kleinen, alleinstehenden Gemeinden und Städten. Hätten die Städte die damals bestehenden nationalen Regierungen kontrolliert, so wäre vielleicht alles ganz anders gekommen; aber die aufstrebenden Nationalstaaten verhielten sich allen Ansprüchen der Städte gegenüber feindlich, weil sie diese nur als Hindernis auf dem Wege zu einer zentralisierten Regierung betrachteten. Der kapitalistische Händler siegte und wurde allmählich zum Industriemagnaten. Die Finanz, wie immer der Pionier der großzügigen Organisation, eroberte die Produktion und vernichtete die Freiheit.

Daraus folgt aber keineswegs, daß die Produktion in großem Maßstabe stets freiheitsfeindlich ist. Die Freiheit unterlag nicht deshalb, weil die Stadt der Nation Platz

machen mußte, sondern deshalb, weil die Revolution vom Händler, der zugleich Geldmann war, gemacht wurde. Die Autokratie organisierte in großem Maßstabe, während sich die Demokratie immer an die kleine Einheit klammerte. Infolgedessen bekam die Autokratie die Oberhand, wie ja immer, wo kleine und große Einheiten miteinander in Streit geraten, die große Einheit siegt. Man kann den Feind nur mit gleichstarken Waffen schlagen. Man zerlege die Armee, wenn man will, in Korps, Brigaden, Regimenter, Kompagnien und Züge, aber sie muß einheitlich bleiben, sonst geht sie zugrunde. Kurzum, Föderalismus wie die Politik der Isolierung müssen der Dezentralisation weichen, die differenziert, ohne zu zerlegen. Die Zukunft der großen Industrien liegt nicht bei den örtlichen, sondern bei den Reichsgilden, die genügend örtliche und fachliche Freiheit gewähren.

IV.

„Man kann einen Feind nur mit einer Armee schlagen, die an Größe der seinen gleichkommt.“ Wenn diese Ansicht uns zu „Modernisten“ stempelt, so wollen wir um jeden Preis „Modernisten“ sein. Um den Kapitalismus zu stürzen, müssen die Arbeiter nicht bloß von einem gemeinsamen Klassenbewußtsein beseelt sein, sondern auch eine feste Front bilden. Sie müssen von neuem die grande armée der Revolution organisieren, und ganz unbekümmert um die bestehenden Unterteilungen muß es eine Armee sein, die, von einer gemeinsamen Idee angefeuert, gegen den gemeinsamen Feind zieht.

Es ist wohl kaum nötig, noch besonders zu betonen, daß wir große Umwälzungen nur durch große Bataillone herbeiführen können. Die Geschichte der Gewerkschaften zwingt diese Schlußfolgerung jedem urteilsfähigen Beobachter auf. Wir finden überall bei den kleinen Gewerkschaften Stillstand oder Versagen, bei den großen Wachstum und verhältnismäßiges Gedeihen. Bei den nationalen Gewerkschaften wird die Industrie an Stelle des Handwerks immer

mehr zur Grundlage der Industrieorganisation, während die örtlichen Gewerkschaften immer mehr von den nationalen aufgesogen werden. Die letztgenannte Tatsache betrifft gerade unsere gegenwärtige Beweisführung.

Nehmen wir beispielsweise die Bergarbeiter. Wir haben hier ein Gebäude von drei, manchmal sogar vier Stockwerken. Der Aufbau gründet sich überall, nach Ursprung und Absicht, auf die einzelne Grube, d. h. die Vereinigung aller Leute, die in einer Grube arbeiten. Die Gruben sind in verschiedener Weise — die Einzelheiten will ich alle übergehen — in Provinzialverbände zusammengeschlossen. Manchmal sind mehrere dieser Provinzialverbände in einer größeren, aber immer noch intermediären Körperschaft vereinigt, wie z. B. dem Mittelenglischen Bergarbeiterverband oder bis vor kurzem dem Schottischen Bergarbeiterverband. Schließlich vereinigen sich die verschiedenen Provinzialverbände oder sonst bestehenden größeren Verbände in dem Bergarbeiterverband Großbritanniens. Auf diese Weise bekommen wir wenigstens drei Gruppen — die Grube, die Provinz und das Land. Es gibt manchmal sogar fünf: Grube, Kreis, Provinz, die Provinzialvereinigungen und das Land. Den Kreis, der stets nur ein Teil der Provinzialverwaltung ist, kann ich ganz übergehen.

Der Zweck dieses Aufbaues war offensichtlich ein föderalistischer und ist es auch in vieler Hinsicht geblieben. Die Strömung geht aber immer stärker nach Zentralisation, und die neue Geschichte der Bergarbeiter gibt ein gutes Beispiel für den Föderalismus, der sich in der Praxis selbst verleugnet.

In manchen Gegenden ist die Zeche, d. h. die Grubeneinheit, immer noch mehr oder minder autonom. Aber mir ist kein einziger Fall bekannt, wo die Zeche sich lediglich auf ihre eigenen Fonds gestützt hätte. Selbst wo sie sich das ganz oder fast ganz unbeschränkte Recht bewahrt hat, auf eigene Verantwortung einen örtlichen Streik zu erklären, hat sie einigen Anspruch auf Unterstützung aus dem Provinzialfond. Das bedeutet aber die Schaffung eines Zentralfonds zu

Händen des Provinzialverbandes, und der zentralisierte Fonds hat ein erhebliches Maß zentraler Kontrolle oder irgendein anderes Unheil zur Folge. Die Reformer des südwallisischen Bergarbeiterverbandes beklagen sich, daß früher ihre Zentralfonds andauernd durch — meistens erfolglose — örtliche Streiks erschöpft worden seien, und daß sie infolgedessen niemals in der Lage gewesen seien, den Unternehmern auf gleichem Fuße zu begegnen. Sobald sich die Gelegenheit zu einem Streik der ganzen Provinz ergab, fanden sie ihre Kasse leer; sie waren dann gezwungen, entweder untätig zu bleiben oder nur kurz zu kämpfen oder bestensfalls einen unbefriedigenden Vergleich zu schließen. Dies geschah beispielsweise im nationalen Bergarbeiterstreik 1912, wo nur die Armut des Südwallisischen Bergarbeiterverbandes daran schuld war, daß Südwallis einen Vergleich schließen mußte.

Örtliche, oder allenfalls Grubenautonomie wird im Bergbau niemals wirksam sein können. Ein lokaler Streik kann nur mit Hilfe finanzieller Unterstützung durch eine größere Körperschaft erfolgreich durchgehalten werden. Eine zentralisierte Südwalliser Bergarbeiterföderation ist eine so umfangreiche Organisation, daß sie der demokratischen Kontrolle große Schwierigkeiten bietet. Das haben die Verfasser von „The Miners Next Step“ klar erkannt. Wir kommen auf die Frage der Kontrolle weiter unten noch zurück. Uns beschäftigt hier die Tatsache, daß Organisation in großem Maßstabe für die Leistungsfähigkeit im Kampfe notwendig ist, und der einzige Weg bleibt, um sich eine gute Regierung, mit anderen Worten Freiheit, zu verschaffen.

Wir sehen also, daß der Südwalliser Bergarbeiterverband die Autonomie der Zeche aufgibt und sich von einer Föderation, in Wirklichkeit zu einer Einheitsgewerkschaft, umbildet. Noch bezeichnender ist der Fall der schottischen Bergarbeiter, denn hier bestanden bis vor kurzem mehrere, in sich mehr oder minder zentralisierte Provinzialverbände, die

zu einer über ganz Schottland sich erstreckenden Föderation vereinigt waren. Im Jahre 1914 verwandelte sich der Schottische Bergarbeiterverband in die Schottische Bergarbeitergewerkschaft. Für Krankenunterstützungen und ähnliche Dinge blieben die örtliche Finanzverwaltung und die örtlichen Regelungen bestehen, aber für Gewerkschaftszwecke bilden die schottischen Bergarbeiter jetzt eine einzige Einheit. Als die verschiedenen Provinzialverbände Mittelenglands sich zum Mittelenglischen Verband zusammenschlossen, hatten die Schotten schon ihren Nationalverband; sie haben jetzt England überholt, indem sie sich verschmolzen haben. Hier ist wieder einmal der Grundsatz des Föderalismus verleugnet worden; anstatt einen Teil ihrer Kräfte einer größeren und loseren Körperschaft zu übertragen, haben die verschiedenen Verbände im Interesse ihrer Kampffähigkeit ihre Selbständigkeit aufgegeben. Der Föderalismus wich der Zentralisation; die den örtlichen Vereinigungen verbleibende Macht muß als Dezentralisation und nicht mehr als Föderalismus betrachtet werden.

Die gleichen Kräfte sind bei dem Bergarbeiterverband Großbritanniens selbst am Werk. Angesichts der nationalen Vereinigung der Unternehmer werden die Arbeiter zu immer engerem Zusammenschluß gezwungen, und die Föderation muß als Einheit arbeiten. Wenn diese Aktionsgemeinschaft zur Regel wird, macht sich die Schwäche der föderalistischen Organisation mit einemmal fühlbar, denn während bei Streiks, die auf eine Provinz oder auf Süd-Wales, Schottland oder Mittelengland beschränkt sind, es noch möglich ist, durch von der Englischen Bergarbeiterföderation im Notfalle erhobene Abgaben den betreffenden Kreis zu stärken — liegt der Fall schon ganz anders, wenn der Streik sich über das ganze Land erstreckt. Denn die Kraft der ganzen Föderation entspricht, wie wir 1912 nur allzu deutlich gesehen haben, der Kraft ihres schwächsten Gliedes, d. h. der Provinz, die das wenigste Geld in ihrer Kriegskasse hat. Der Streik von 1912 brach zusammen, weil einige Bezirke

kein Geld mehr hatten. Sobald man dies begriffen hat, erhebt sich die Forderung nach einer zentralisierten Geldwirtschaft und einer einheitlichen nationalen Politik, sowie nach der Umgestaltung der Bergarbeiterföderation Großbritanniens, wenn schon nicht dem Namen, so wenigstens der Sache nach, in eine nationale Gewerkschaft.

Ich habe nur ein einzelnes Beispiel für die Tendenz zur Zentralisation herausgegriffen, weil man auf die Einzelheiten eingehen muß, will man sich eine richtige Vorstellung von der Sachlage machen. Ungefähr die gleichen Tatsachen gelten überall, wo ein System mehr oder minder locker verbundener, örtlicher, autonomer Organisationen sich mit der geeinten Kraft des Kapitalismus zu messen versucht. Überall versagt das föderalistische Prinzip und weicht einem mehr zentralistischen System. So haben beispielsweise diese gleichen Kräfte in der Baumwollindustrie zu wirken begonnen, die man lange Zeit als die gegebene Heimat des Föderalismus angesehen hatte, und wo dieser wahrscheinlich auch wirklich am längsten andauern wird. Mir fehlt jedoch der Raum, um noch einen zweiten Fall eingehender zu erörtern. Die Bergarbeiter müssen schon als Typus für die allgemeine Tendenz herhalten.

Ich möchte betonen, daß diese Bewegung nach Zentralisation nicht bloß ein Treiben mit dem Strome ist. Vielmehr ist sie die bewußte Politik der Arbeiter, und in ihrem Gelingen liegt eine der Chancen, den Kapitalismus zu stürzen und zu ersetzen. Die Arbeiterschaft muß sich zentralisieren, oder sie wird geschlagen; aber sowie sie sich zentralisiert, tauchen neue Probleme der Selbstverwaltung in den Gewerkschaften selbst auf.

Ich habe hier nicht die Absicht, ein Gebiet noch einmal zu bearbeiten, das ich in „The World of Labour“ (Kapitel VIII) schon bis zu einem gewissen Grade durchgearbeitet habe. Es mag genügen, wenn ich hier nur wiederhole, daß die große Gewerkschaft, wenn sie nicht der Bürokratie verfallen soll, auch wirklich den Willen ihrer Mitglieder zum

Ausdruck bringen muß, und daß sie, um die Unternehmer erfolgreich zu bekämpfen, dem Berufszweig und den örtlichen Verhältnissen innerhalb ihrer Organisation jede mögliche Freiheit gewähren muß. Das gilt selbst von der alten, defensiven Gewerkschaftsbewegung und noch mehr von der heutigen, die aus dem Stadium des Kämpfens in das Stadium der Kontrolle eintritt. Sicherlich haben die Verfechter des Mittelalters recht mit ihrer Annahme, daß ein stark zentralisiertes Kontrollsystem der Freiheit in der Produktion, die den Gilden vorschwebt, abträglich sein könnte. Ich möchte deshalb im folgenden eine Organisationsmethode angeben, welche für die Gilden angenommen werden könnte; natürlich mit dem vollen Bewußtsein, wie sehr alle Prophezeiungen dem Irrtum unterworfen sind. Das Ziel dieser Gildensatzungen ist einerseits, Einheit und Koordination der Produktion im ganzen Land zu sichern, zugleich aber die Verschiedenartigkeit zu retten, indem dem Beruf und den örtlichen Interessen innerhalb der Gilde freier Spielraum und angemessene Vertretung gewährt wird.

V.

Wenn wir uns auf Prophezeiungen einlassen wollen, so fangen wir am besten bei den allgemeinen Grundsätzen an. Unsere Gilden-Mustersatzungen werden sich von den bisher existierenden Satzungen erheblich unterscheiden, gerade weil sie nach allgemeinen Grundsätzen, ohne Rücksicht auf die Gegenwart oder ihr Anwendungsbereich gemacht wurden. Welches sind diese Prinzipien?

In erster Reihe müssen die Gildensatzungen die individuelle Selbstverwaltung nicht nur dem Namen nach, sondern auch der Sache nach verwirklichen. Sie dürfen nicht bloß eine „papierene“ Demokratie, sondern müssen eine wirkliche Demokratie bedeuten, die dem Individuum nicht bloß erlaubt, sich zu äußern, sondern es noch dazu ermutigt. Sie müssen sich zum Ziele setzen, jedem Menschen das Gefühl der Freiheit zu geben, das die Grundlage jeder wirklichen Selbst-

verwaltung bildet. Außerdem müssen sie es den Arbeitern ermöglichen, nicht nur ihre Leiter selbst zu wählen, sondern auch einen Einfluß auf sie auszuüben.

Zweitens müssen die Satzungen versuchen, Freiheit mit Leistungsfähigkeit zu verbinden — ich meine nicht die kapitalistische Leistungsfähigkeit, die den Menschen zu einer Maschine herabdrückt und durch die Zerstörung jedes angeborenen Talentes ein totes Niveau der Mittelmäßigkeit schafft — sondern eine Leistungsfähigkeit, die sich durchweg auf die Entfaltung der persönlichen Initiative gründet, die wertvolle Verschiedenheiten betont, und das Unterscheidende der Persönlichkeit, Örtlichkeit oder Nationalität zum Ausdruck bringt.

Beide Zwecke können, wie wir gesehen haben, nur vermittels einer dezentralisierten Verfassung erreicht werden. Die Aufspeicherung aller Kräfte in einem einzigen Zentralpunkte bedeutet Bürokratie, also gerade die langweilige Mittelmäßigkeit, die heute unter der Flagge der „industriellen Leistungsfähigkeit“ segelt. In dieser Beziehung können wir vom Kapitalismus etwas lernen. Erst vor nicht allzulanger Zeit wurde sich die Welt der Größe des Problems bewußt, das sie das „Trustproblem“ nannte. In seiner frühesten und rohen transatlantischen Form war der Trust einfach ein „großes Geschäft“ — er konzentrierte Kapital und Verwaltung in einem großen Sammelbecken und verwischte im Laufe der Zeit den Unterschied zwischen den einzelnen Firmen, kurz er normierte die Produktion. Wir alle kennen die Haltung der Sozialisten gegenüber diesem kapitalistischen Überdreadnought-Typus. Sie richteten ihren Angriff gegen die Mißbräuche des Trustsystems und verwiesen auf die Gefahren, die es bezüglich der Ausbeutung der Konsumenten im Gefolge hat; ihr Heilmittel hieß aber nicht Vernichtung, sondern Verstaatlichung der Trusts. Aber niemals haben sie sich die menschlichen Gefahren des „großen Geschäfts“ vergegenwärtigt; nicht sie, sondern die Antisozialisten zeigten, wie der Trust jede Initiative zerstört und

den Sieg der Menschenmaschine über die ganze Welt trägt. Aber auch diejenigen, die die Gefahren erkannten, zeigten sich in ihrem Versuch der Trustvernichtung ebenfalls kurz-sichtig; sie erkannten nicht, daß kein anderer Weg aus dem öffentlichen oder privaten Trustsystem herausführt, als die industrielle Demokratie.

Aber während die Trustbewegung an Boden gewann und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, war im stillen eine zweite Bewegung nach industrieller Vereinigung in Europa im Gange. Die volkstümliche Meinung wirft Ringe, Kartelle und Trusts meistens ganz unterschiedslos zusammen, aber gerade die Unterschiede zwischen diesen Gebilden sind für die Gildenvertreter von größter Bedeutung. Der „Ring“ mag vielleicht bloß ein in Bildung begriffener Trust sein, aber das ausgebildete „Kartell“ ist etwas ganz anderes, nämlich die letzte und beste Form des Kapitalismus, vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen. Das Kartell will, kurz gesagt, die Unterschiede erhalten, statt sie zu zerstören. Es beläßt die Verwaltung jedes Werkes geson-derten Händen und vereinigt nur ihre Kräfte gegenüber dem Konsumenten. Es regelt Verkauf, Angebot und Nachfrage und wacht über die Leistungsfähigkeit, oft auch über die Arbeitsbedingungen — alles natürlich nur vom kapitalisti-schen Standpunkt aus; aber die Produktionsmethoden über-läßt es, ganz allgemein gesagt, jeder einzelnen Fabrik. Auf diese Weise erzielt das Kartell zweifellos eine höhere Leistungsfähigkeit als der ausgebildete Trust; es normiert die Preise, und vermeidet dabei, die Produktion zu nor-mieren.

Die Utopie der Kollektivisten wäre eine Welt von öffentlichen Trusts; die Utopie der Gilden wird eine Welt von Produzentenkartellen sein, die alle im gemeinwirtschaft-lichen Interesse arbeiten. Wenn die Gilde nicht der Mittel-mäßigkeit verfallen soll, muß sie die Verschiedenheiten zwischen den Werken, den Orten und den Nationen erhalten.

Sie organisiert die menschlichen Verschiedenheiten auf der Grundlage der menschlichen Gleichheit.

Wir fangen also bei der Beschreibung der Gilden-satzungen mit der einfachsten Einheit an und schreiten nach und nach zu den komplizierteren Einheiten fort. Wir werden in der Lage sein, in jedem Stadium in großen Zügen die zu leistende Arbeit und den zu ihrer Verrichtung ge-eigneten Mechanismus anzugeben. Wir finden als unterstes Stadium den einzelnen „Betrieb“ innerhalb der Werke. Da-nach folgen die ganzen Werke oder Fabriken, dann der ganze Bezirk, in dem das Werk liegt, und zum Schluß die ganze Gilde mit ihren verschiedenen Verwaltungs- und Exekutiv-organen. Auf jedem Stadium haben wir wieder ein doppel-tes Problem zu lösen. Erstens müssen wir fragen, wie die Verwaltungskörperschaften gewählt und kontrolliert werden sollen, zweitens wie die Gildenbeamten, angefangen vom Betriebsaufseher bis hinauf zum höchsten Landesbeamten gewählt und kontrolliert werden sollen. Außerdem haben wir in jedem Falle die Machtverteilung zwischen Beamten und Vertretungsorganen zu bestimmen.

Unser ganzes System wird durchweg von einem Grundsatz beherrscht sein. Der Kollektivismus bedeutet für die Arbeiter eine Herrschaft von oben; während wir für die Gildenidee eine Herrschaft von unten für wesentlich erklärt haben. Folglich muß auf jeder Stufe, wo eine Reihe von Leuten unter Aufsicht eines Leiters oder Beamten zu arbeiten hat, diesen Leuten das Recht gegeben werden, ihren Führer selbst zu wählen. Ebenso muß jeder Ausschuß unmittelbar von den Leuten ernannt werden, deren Arbeit er zu überwachen hat. Das ist ganz allgemein gesprochen das Prinzip, auf das sich die Gildenidee stützt. Ich komme bald auf seine speziellere Anwendung zu sprechen.

Diese nachdrückliche Betonung des Grundsatzes der direkten Demokratie — die ohne Zweifel die einzige wahre Demokratie ist — darf uns andererseits nicht dazu verleiten,

wie sie viele ihrer Anhänger verleitet hat, die Einheit der Gilde außer acht zu lassen. Das Kartell läßt den Firmen, aus denen es sich zusammensetzt, volle Freiheit, ihre Produktion nach eigenem Willen fortzuführen; aber bei der Regelung von Preis und Angebot wirkt es als Einheit, sogar als Zwangseinheit, und setzt allgemeine Grundsätze durch, die für den Handel notwendig sind — wiederum, wie gesagt, vom kapitalistischen Standpunkt aus. In gleicher Weise müssen die Gildenbehörden im Einvernehmen mit den und im Interesse der Konsumenten das Angebot regeln und allgemeine Gesetze für die ganze Gilde festsetzen. Die Regelung der Preise im Gildensystem will ich im nächsten Kapitel besprechen. Abgesehen von den genannten Funktionen wird es Pflicht der Gilde sein, neue Erfindungen und Verfahren anzunehmen, die sie zuerst in einem einzelnen Betrieb oder Ort, wo sie sich als nützlich erweisen können, einzuführen, sowie das Arbeiten der übrigen Industriezweige ganz allgemein zu verfolgen hat. Auf diese Punkte kommen wir bei der Besprechung der Verfassung der Zentralbehörde wieder zurück.

Die Gilden werden durch den Glauben der Arbeiter an die Gilde geschaffen werden, wir dürfen infolgedessen annehmen, daß viele der von Gildenanhängern empfohlenen und ausgearbeiteten Vorsichtsmaßregeln sich als überflüssig erweisen werden. Die Schaffung eines freien Produktionssystems wird schwerlich zur Folge haben, daß die Arbeiter als Produzenten den unsinnigen Versuch machen, sich selbst als Konsumenten zu betrügen. Aber da wir meinen, daß die Arbeiter als Konsumenten sich selbst als Produzenten ausbeuten würden, weil Konsumentenvereinigungen vom Produzentenstandpunkt aus niemals demokratisch sein können, müssen wir die Einwände beantworten, die das gleiche von den Reichsgilden befürchten. Wir Gildenvertreter lassen den Vergleich nicht gelten; wir halten die Freiheit für natürlich und die Sklaverei für unnatürlich für den Menschen; indirekte „Demokratie“ scheint

uns nur eine versteckte Form der Sklaverei, und wir behaupten, daß eine Gesellschaft, die ihre Industrie auf der Grundlage des Verbrauchs organisiert, unbedingt knechtisch sein müsse. Ebenso überzeugt sind wir davon, daß ein freies System die natürlichen Eigenschaften der Menschen entwickelt — seinen Sinn für Kameradschaft, seine Eigenart, um mit Rousseau zu sprechen, seine amour de soi, und nicht seine amour propre. Im Gegensatz zu den Kollektivistern sind wir bereit, dem Volke zu vertrauen.

Da wir aber in einer vertrauenslosen Welt leben, ja noch schlimmer, in einer Welt, in der die Menschen die Fähigkeit des Vertrauens so sehr verloren haben, daß es lange dauern wird, bis sie sie wiedergewinnen, müssen wir die Fragen der Menschen, die unser Vertrauen nicht teilen, beantworten. Diese Ungläubigen möchte ich fragen, ob das Organisationssystem, das in diesem Kapitel skizziert ist, nicht eine vernünftige Aussicht bietet, die von den Gildenanhängern gewünschte Freiheit mit den Schutzmaßnahmen zu verbinden, die der Kapitalismus die Kollektivistern als unerläßlich anzusehen gelehrt hat? Fast hätte ich von „notwendigen Übeln“ gesprochen, aber ich fürchte, daß viele Kollektivistern dieses System von Vorsichtsmaßregeln nicht mehr als Übel empfinden.

VI.

Ich komme jetzt endlich auf die Einzelheiten zu sprechen. Zur Bequemlichkeit will ich durchweg eine einzelne Industrie besprechen, und zwar habe ich den Maschinenbau gewählt, weil er mir alle auftauchenden Fragen am besten zu erläutern scheint. Man muß sich natürlich vor Augen halten, daß die Maschinenbau-Gilde nur als Beispiel genommen ist, und daß ich manche Einzelheiten, die sie von der Norm abweichen läßt, übergangen habe. Meine Vorschläge bleiben allgemein und typisch und müssen für die einzelnen Fälle erst angepaßt werden, selbst mein Beispiel des Maschinenbaus.

Ich möchte ganz besonders betonen, daß ich mir nicht

anmaße, alle Organisationsformen, die einmal tatsächlich existieren könnten, vorauszusehen. Ich versuche nur, soweit das theoretisch möglich ist, die Grundsätze der industriellen Demokratie an einem hypothetischen Beispiel zu erläutern. Wenn dies klar gestellt ist, kann ich anfangen.

Ich beginne mit den Wahlmethoden für die verschiedenen örtlichen und nationalen Ausschüsse, welche die Gilden leiten werden. Am besten werde ich sie Punkt für Punkt auseinandersetzen.

a) Die Betriebsausschüsse werden durch Abstimmung aller im Betrieb beschäftigten Arbeiter gewählt.

Die Reichsgilden werden zahlreiche gesonderte Werke umfassen, die etwa den „Firmen“ oder „Geschäften“ von heute entsprechen werden. Jedes dieser Werke wird, so wie heute auch, eine Reihe von „Betrieben“ enthalten. Eine Maschinenfabrik z. B. hat ihre Zeichenabteilung, ihre Musterabteilung, ihre Gießerei, Werkzeugkammer, Tischlerei, Hammerwerk, Dreherei und Bohrererei, Schleiferei, Zureicherei und Montierabteilung, ihre Warenlager, sowie die verschiedenen Empfangs-, Schiffs-, Kassen- usw. Abteilungen. In jeder dieser Abteilungen, oder überall, wo es sich sonst als nötig erweist, werden die Arbeiter einen Betriebsausschuß wählen, der sich mit den Interessen und der Leistungsfähigkeit des Betriebes zu beschäftigen hat. Die Zahl der Abteilungen und damit der Betriebsausschüsse, wird je nach Größe und Kompliziertheit des Werkes schwanken. Der Ausschuß soll nötigenfalls als Gegengewicht zu der Autorität des Aufsehers wirken, weiter dient er als geistige Leitung und Exekutive des Betriebes. Er wird demokratisch sein, in dem Sinne, daß er unmittelbar von den Leuten gewählt wird, mit denen er zu tun hat.

b) Der Werkausschuß wird abteilungsweise durch Abstimmung der Mitglieder jedes Betriebes gewählt.

Alle Betriebe haben außer ihren besonderen Interessen auch noch gemeinsame Interessen. Der Verwaltungsausschuß des ganzen Werkes hat also diese verschiedenen gerichteten Interessen miteinander in Einklang zu bringen, sowohl um eine Harmonie herzustellen, als um die Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen zu gewährleisten. Vermutlich werden diese Absichten am besten dadurch erreicht werden, daß man jedem Betrieb gestattet, durch direkte Abstimmung einen eigenen Vertreter in den Werkausschuß zu entsenden. Diese abteilungsweise Vertretung hat sich früher bei den Gewerkschaften, wo sie versucht wurde, gut bewährt, beispielsweise bei den Eisenbahnern, Werftarbeitern und Stahlgießern.

c) Der Bezirksausschuß besteht 1. aus den Werkvertretern, die in jedem einzelnen Werk vom Werkausschuß gewählt werden, 2. aus Berufsvertretern, die durch Abstimmung aller Mitglieder jedes in dem Bezirk vorhandenen Berufs gewählt werden.

Da in der Regel verschiedene Werke einander benachbart sein werden, wird es notwendig sein, sie, ähnlich den heutigen Ortsvereinen der Gewerkschaften, in Bezirke zusammenzufassen. Die vornehmste Funktion dieser Bezirksausschüsse wird voraussichtlich die Koordination der Produktion des ganzen Bezirkes und die Verständigung mit den Gemeinderäten oder anderen Gilden desselben Bezirkes bilden. Sie werden ferner das Bindeglied zwischen den einzelnen Werken und der gesamten Gilde sein, und dadurch große Bedeutung haben.

Für dieses Organ scheinen mir zwei Vertretungsformen notwendig. Jedes Werk muß vertreten sein, wenn die Koordination der Produktion gut geregelt sein soll, und die Werkvertreter müssen natürlich aus dem Werkausschuß entsendet werden, der für die Verwaltung des ganzen Werkes verantwortlich ist. Aber ebenso selbstverständlich dürfen die

beruflichen Interessen nicht übergangen werden; der Gießer des Eisenwerks, der Musterzeichner und der Monteur haben jeder dem Bezirksausschuß besondere Probleme vorzulegen, der sie folglich auch mitvertreten muß. Da hier nicht die Koordination verschiedener Verwaltungen zur Frage steht, kann die allgemeine direkte Wahl angewandt werden. Beispielsweise könnten alle Gießer des Bezirkes gemeinsam ein Mitglied in den Bezirksausschuß wählen; entsprechend könnten die übrigen Berufszweige verfahren.

d) Die Exekutive der Reichsgilden wird bestehen I. aus Bezirksvertretern, die durch allgemeine Abstimmung innerhalb jedes Bezirkes gewählt werden, II. aus Berufsvertretern, die durch allgemeine Landesabstimmung jedes Berufes gewählt werden.

Es ist natürlich von größter Bedeutung, daß die nationale Exekutive der Gilden zugleich so demokratisch als möglich sein und in engster Fühlung mit der Stimmung ihrer Mitglieder stehen soll, was letzten Endes auf dasselbe hinausläuft. Es ist darum wichtig, daß sie nicht von den Bezirksausschüssen gewählt wird, sondern vermittelt irgendeines allgemeinen Abstimmungssystems. Jedoch wirkt in einer großen nationalen Körperschaft eine unterschiedslose Abstimmung über die ganze Exekutive seitens sämtlicher Mitglieder nur selten wirklich demokratisch. Ein Mensch kann unmöglich für 20 oder 30 Personen, die ihn national vertreten sollen, mit der gleichen Sicherheit und Verantwortlichkeit stimmen, wie für eine einzelne Person, die seinen eigenen Bezirk oder seinen eigenen Beruf vertritt. Nach dem hier vorgeschlagenen System würde jedes Gildenmitglied zwei Stimmen abgeben, eine für seinen Bezirks- und eine für seinen Berufsvertreter; für die Exekutive selbst hätte das die Wirkung, daß ein Gleichgewicht zwischen Bezirks- und

Berufsinteressen geschaffen würde, das wahrscheinlich zum Besten der Allgemeinheit dienen würde.

e) Die Landesdelegiertenversammlung wird durch allgemeine Abstimmung der Mitglieder jedes Berufs bezirksweise gewählt.

Die Landesexekutive wird nicht das höchste Regierungsorgan sein, vielmehr wird die Macht letzten Endes einem größeren Organ übertragen werden, das je nach Notwendigkeit zusammentritt, und sowohl als letzte Berufungsinstanz wie als Wegweiser der allgemeinen Gildenpolitik dienen wird. Dieses Organ hat, gleich der Gildenexekutive, den Gesamtwillen der Gilde zu vertreten und soll in gleicher Weise die Interessen und Ansichten der Berufe mit denen der verschiedenen Bezirke verbinden. Bei diesem größeren Organ, das bei den größeren Gilden aus mindestens hundert, vielleicht noch weit mehr Mitgliedern bestehen wird, kann man ein neues Vertretungssystem zur Anwendung bringen. Jeder Bezirk entsendet Delegierte, und jede Delegiertengruppe enthält Mitglieder jedes einzelnen Berufs. Wir werden beispielsweise Vertretergruppen aus Sheffield, Newcastle, London usw. haben, und aus jedem dieser Bezirke einen Musterzeichner, der von den Berufsgenossen seines Bezirkes gewählt wurde, einen von den Monteuren gewählten Monteur, einen von Buchhaltern gewählten Buchhalter und so fort. Auf diese Weise hat jedes Individuum irgend jemand in der Delegiertenversammlung, der seine Interessen als Berufsangehöriger, wie als Sheffielder oder Norfolkter vertritt.

Dies wäre das allgemeine Schema der Ausschüsse mit den verschiedenen Wahlmethoden, die für sie im allgemeinen am geeignetsten erscheinen. Die Machtverteilung zwischen diesen verschiedenen Ausschüssen ist ein schwieriges Problem, das wir besser erst abhandeln, wenn wir die allgemeinen Regeln für die Wahl der Gildenfunktionäre aufgestellt haben.

Das ganze System zielt auf eine Demokratie hin, die sich

auf das Vertrauen des einzelnen Arbeiters stützt. In jedem Falle haben die Leute, denen der betreffende Ausschuß übergeordnet ist, die Möglichkeit, ihn unmittelbar zu wählen, und die Grundsätze der örtlichen, bezirkweisen oder beruflichen Vertretung treten erst innerhalb dieses umfassenderen System auf. Vorausgesetzt, daß verhütet wird, daß die Sondervertretung diesem Grundprinzip der Demokratie zuwiderläuft, ist sie das wichtigste Mittel, den Massen eine wirkliche Kontrolle zu sichern. Dadurch, daß man jedes Ausschußmitglied von einer beschränkteren, aber dafür umsichtigeren Wahlkörperschaft wählen läßt, erreicht man, daß die einzelnen Arbeiter ihrer Führer nicht bloß wählen, sondern auch kontrollieren. Die papierene Demokratie wird in ein System wirklicher Selbstverwaltung umgewandelt.

VII.

Ich komme jetzt zu der Beamtenfrage. Wir wissen aus Erfahrung, in wie hohem Maße die Leistungsfähigkeit einer Gewerkschaft von ihren ständigen Beamten abhängt. In noch höherem Maße wird die Gilde mit der richtigen Auswahl und Kontrolle ihrer Beamten stehen oder fallen. Da die Gilde keine Verhandlungs-, sondern eine Produzentenorganisation sein wird, muß sie Männer wählen, die fähig sind, die heutigen Kapitalisten und Fachleute zu ersetzen, denen wir einen hohen Grad geschäftlicher Tüchtigkeit nicht absprechen können, so sehr wir auch den Gebrauch, den sie von ihren Fähigkeiten machen, mißbilligen mögen. Wenn ferner die Freiheit in den Gilden zur Wirklichkeit werden soll, muß der verantwortliche Beamte von seinen Untergebenen kontrolliert werden können. Eine solche Kontrolle ist mit Rücksicht auf die große Einflußsphäre, die der Beamte haben wird, mehr geboten als je. Solange die Gilden das Beamtenproblem nicht weit besser gelöst haben werden, wie dies bisher den Gewerkschaften gelungen ist, ist das ganze System gefährdet. Es ist daher von größter Bedeutung, daß die Gildenvertreter das Beamtenproblem in Angriff nehmen;

auch wenn sie sich klar sind, daß sie unmöglich eine dogmatische Antwort geben können, müssen sie sich doch daranmachen, auf die Gefahr hin, daß Narren Mißbrauch im Nachbeten treiben werden.

Wir wollen unser Schema wiederum Punkt für Punkt darstellen.

a) Die Aufseher werden durch Abstimmung aller Arbeiter des betreffenden Betriebes gewählt. Die Leiter der Bureauabteilungen werden durch Abstimmung aller Mitglieder ihrer Abteilung gewählt.

Immer mehr haben die Streiks der letzten Jahre sich um die Tyrannei oder Sklavenhalterei der Aufseher gedreht, ganz besonders in der Maschinenindustrie. Die Arbeiter haben ein unzweifelhaftes Interesse an der Wahl ihrer Aufseher, und jede Demokratisierung der Industrie muß damit anfangen, daß sie den Arbeitern das elementarste Vertrauen wiedergibt, ihre Aufseher, mit denen sie in ständiger Berührung leben, selbst zu wählen. Dieser Punkt sollte keines weiteren Beweises bedürfen.

b) Der Werkdirektor wird durch Abstimmung aller fabrikatorisch tätigen Mitglieder des Werkes gewählt, der Direktor der Bureauabteilungen durch Abstimmung aller Bureauarbeiter.

Aufgabe des Werkdirektors wird die Koordination und Überwachung der verschiedenen Produktionsabteilungen sein. Unter der Leitung des Generaldirektors wird er das Haupt der technischen Abteilung sein, hingegen wird er mit dem Bureau- und Geschäftsdienst nichts zu tun haben. Seine Wahl muß infolgedessen durch die unmittelbar an der Produktion beteiligten Arbeiter erfolgen, nicht durch die Arbeiter des Bureaubestandes. In gleicher Weise müssen sich die Arbeiter der verschiedenen Schreibabteilungen zur Wahl eines Bureaudirektors zusammenschließen, dem, eben-

falls unter Leitung des Generaldirektors, die Leitung der Werkbureaus obliegt.

c) Der Generaldirektor der Werke wird vom Werkausschuß gewählt.

Der Generaldirektor wird die Produktions- und Bureau-tätigkeit der Werke miteinander zu verbinden haben. In weiterem Sinne als der Werk- oder Bureaudirektor, die in der Hauptsache nur Beschlüsse auszuführen und Mittel und Wege ausfindig zu machen haben, wird er sich mit politischen Fragen zu befassen haben. Indem wir ihn vom Werkausschuß wählen lassen, der die verschiedenen Betriebe innerhalb des Werkes vertritt, sichern wir die demokratische Kontrolle des Unternehmens und gleichzeitig vermeiden wir die Gefahr, daß zwei oberste Autoritäten ernannt werden, von denen jede das Mandat unmittelbar von der gesamten Wählerschaft übertragen erhält.

d) Der Bezirkssekretär wird vom Bezirksausschuß ernannt.

Die Funktionen des Bezirkssekretärs werden, so weit ich es übersehen kann, in der Hauptsache statistischer Art sein; er wird an der Regelung von Angebot und Nachfrage innerhalb des Bezirkes einen wichtigen Anteil haben, besonders bei den Industrien, die in der Hauptsache für den örtlichen Markt erzeugen. Infolgedessen werden seine Machtbefugnisse in den verschiedenen Gilden und in den verschiedenen Bezirken weitgehend schwanken. In der Hauptsache wird er unter Aufsicht des Bezirksausschusses in ähnlicher Weise arbeiten, wie der Sekretär eines Ringes oder Unternehmerkartelles unter dem kapitalistischen System arbeitet. Seine Wahl durch den Ausschuß erscheint so ganz natürlich.

e) Der Generalsekretär der Gilde wird vom Exekutivausschuß gewählt, aber seine Ernennung muß von der Delegiertenversammlung bestätigt werden.

Der Generalsekretär wird zur Landesexekutive ungefähr in dem gleichen Verhältnis stehen, wie der Bezirkssekretär

zum Bezirksausschuß. Da aber seine Arbeit von viel größerer Tragweite ist, wird er der Hilfe eines großen Stabes bedürfen, der die gleiche Zweiteilung erkennen läßt, die wir schon bei Besprechung der Werke berücksichtigt haben. Er muß, um Autoritätsstreitigkeiten zu vermeiden, vom Exekutivausschuß gewählt werden, aber da sein Posten sehr verantwortungsvoll ist und direkt die Freiheit der untergeordneten Einheiten in der Gilde berührt, muß seine Wahl noch besonderen Kautelen unterliegen. Diese scheinen mir durch das Veto der demokratisch gewählten Delegiertenversammlung gegeben zu sein.

f) Die Hilfssekretäre, die den verschiedenen Abteilungen des Zentralamtes der Gilden vorstehen werden, sollen durch Abstimmung der in diesen Ämtern beschäftigten Arbeiter gewählt und vom Exekutivausschuß bestätigt werden.

Eines der wichtigsten unter den untergeordneten Problemen der Gildenorganisation ist die Schaffung einer entsprechenden Selbstverwaltung für die Bureauarbeiter der Gildenverwaltungsämter. Ganz im allgemeinen sollte die Organisation des Gildenamtes den Bureauaufbau der einzelnen Werke widerspiegeln. Die Schreiber sollten ihre eigenen Abteilungsbeamten wählen und sollten nur an der obersten Spitze durch eine Autorität kontrolliert werden, die auf breiterer Grundlage gewählt wurde. Man mag darüber verschiedener Meinung sein, ob die Zustimmung der Exekutive zur Wahl der Hilfssekretäre notwendig sei; ich habe sie hier eingeführt mit Rücksicht auf das enge Zusammenarbeiten zwischen ihnen und dem Generalsekretär.

Bisher haben wir uns mit dem Verwaltungsstab der Gilde beschäftigt, wir wollen jetzt zu der spezielleren Frage des technischen Stabes übergehen. Auch dieser wird sich in mehrere, deutlich unterschiedene Typen einteilen lassen.

g) Die Techniker des Werkes werden vom Werkausschuß ernannt.

Auf den ersten Blick könnte es natürlicher erscheinen, daß die Techniker des Werkes von den verschiedenen Berufen ernannt werden. In einzelnen Fällen, wo sich die Tätigkeit des Technikers auf den einzelnen Beruf beschränkt, kann er natürlich von diesem gewählt werden, aber in der Regel haben die technischen Beamten allgemeinere Aufgaben zu erfüllen. Nicht bloß, daß sich ihre Arbeit vielfach über den Kreis mehrerer verschiedener Berufe erstreckt, können sie auch mit gewerblichen Fragen befaßt sein, die zu einer anderen Industrie gehören. So wird man beispielsweise in einer Textilfabrik einen Sachverständigen für Textilmaschinen brauchen, aber die Erzeugung dieser Maschinen wird Aufgabe der Maschinenbau-Gilde sein. Der Sachverständige wird Examina ablegen müssen, die in der Hand einer fachmännischen Organisation liegen werden und etwa den heutigen Fachanstalten, an deren Stelle sie treten werden, entsprechen; aber nach Ablegung seines Qualifikationsnachweises wird er vom Werkausschuß ernannt werden.

h) Die Bezirkstechniker werden vom Bezirksausschuß gewählt.

Die gleichen Voraussetzungen gelten auch für diesen Fall, mit der Einschränkung, daß die technischen Fachleute des Bezirks weniger mit dem eigentlichen Produktionsprozeß befaßt sein und eine mehr beratende Tätigkeit ausüben werden, wie ja die Funktion des Bezirksausschusses selbst eine hauptsächlich beratende sein wird.

i) Die im Auftrage des Landesexekutiv-ausschusses herumreisenden Inspektoren werden vom Exekutivausschuß gewählt.

Die Zentralexekutive wird selbstverständlich zu ihrer Aufgabe, die örtlichen Arbeiten miteinander zu koordinieren, der Mithilfe von Inspektoren bedürfen, die in ihrem Auftrage die Bezirke und Werke bereisen. Diese Inspektoren werden die Stelle etwa der heutigen Bergwerks- und Fabrikinspektoren einnehmen und eine wichtige Aufgabe zu erfüllen

haben, indem sie die neuesten Produktionsmethoden von Bezirk zu Bezirk verbreiten. Nicht mehr Spione in Feindesland oder Mitschuldige der Ausreden und Vorwände der kapitalistischen Produzenten, werden sie Missionäre der Gildenunternehmung im ganzen Land werden. Auch sie werden natürlich Examina ablegen müssen und voraussichtlich vornehmlich dem Kreise der Werk- und Bezirkstechniker entnommen werden.

j) Die Landestechniker im Zentralgildenamt werden vom Exekutivausschuß gewählt.

Es wird in der Hauptsache zwei Typen dieser beratenden Beamten geben. Entweder werden sie mit den technischen Arbeiten ihrer Gilde befaßt sein, in diesem Falle müssen sie in gesteigertem Maße die gleiche Qualifikation aufweisen, wie die örtlichen technischen Beamten, aus deren Reihen sie entnommen werden sollen, oder sie haben die Aufgabe, die Verbindung zwischen den verschiedenen Gilden herzustellen. Vielfach werden die Gilden nur für andere Gilden produzieren, und in solchen Fällen braucht die produzierende Gilde in ihrem Stabe Sachverständige der Gilde, für die sie arbeitet. Die Gilde wird also gelegentlich ihre technischen Beamten aus den Reihen einer anderen Gilde entnehmen. In beiden Fällen muß die Auswahl dem Exekutivausschuß überlassen bleiben. Eine demokratischere Methode ist nicht vonnöten, weil dieser Sachverständigentypus eine fast nur beratende Funktion hat, und mit der Arbeiterschaft nicht in unmittelbare Berührung kommt.

Dem Leser wird nicht entgangen sein, daß ich in diesem Plane durchweg einen wichtigen Umstand ausgelassen habe. Ich habe weder über die Zeitdauer der Amtstätigkeit der Beamten, noch über ihre Wiederwählbarkeit etwas ausgesagt. Für die Aufseher und Werkverwalter wird sich voraussichtlich eine einjährige Amtsdauer mit Wiederwählbarkeit empfehlen, aber bei den Bezirks- und Generalsekretären wird sich eine längere Amtsdauer empfehlen,

vorausgesetzt, daß die Möglichkeit gegeben ist, sie jederzeit durch die Delegierten-, Exekutiv- und Bezirksversammlung oder -ausschüsse abberufen lassen. Die Sachverständigen werden voraussichtlich solange amtieren, als sie zur Zufriedenheit des Ausschusses, der sie kontrolliert, arbeiten. Aber die ganze Frage der Amtsdauer ist eine Einzelfrage, die wir im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht endgültig zu lösen brauchen.

Die Qualifikationsprüfungen werden meistens eine wichtige Rolle spielen. Kein Kandidat wird für eine Vertrauensstellung wählbar sein, der nicht bestimmte Prüfungen abgelegt hat; angefangen von den einfachen Befähigungsproben, wie sie für den Aufseher notwendig sind, bis zu den strengen Prüfungen durch ein Fachinstitut, das etwa dem heutigen Institut der Zivilingenieure oder der Handelsakademie entspricht. Diese Berufsvereinigungen werden sicherlich fortbestehen und mit den Gilden zusammenarbeiten, außerdem werden neue, ähnliche Körperschaften entstehen, welche die Einheit der technischen Interessen in den verschiedenen Berufen vertreten werden. Auf diese Weise wird den Berufen selbst noch ein besonderer Schutz gegeben; die Berufsvertreter der Gildenexekutive werden mit der Autorität einer Berufsvereinigung auftreten können, die sich oft über mehrere Gilden erstreckt. In der vernünftigen Mannigfaltigkeit dieses Typus und nicht in der künstlichen „Rückkehr zur Natur“, die von den Leuten verkündet wird, die an der Großindustrie verzweifeln, liegt der Weg zur Freiheit für den einzelnen Arbeiter.

VIII.

Die Skizze einer Gildenverfassung, die ich in den beiden letzten Abschnitten dieses Kapitels entworfen habe, bleibt unvollendet, solange nichts über ihr positives Arbeiten gesagt ist. Zwei wichtige Fragen drängen sich uns zunächst auf. Erstens: Wie sollen sich die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ausschüssen einerseits und den ver-

schiedenen Beamten andererseits gestalten? Zweitens: In welcher Beziehung werden die einzelnen Werke und die größeren, örtlichen und nationalen Einheiten zueinander stehen?

Die Machtverteilung zwischen Beamten, Exekutive und der Masse, ist eine Quelle dauernder Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung. In der einen Gewerkschaft gibt es dauernde Reibungen zwischen der Exekutive und dem Generalsekretär, in der anderen besteht eine unheilige Allianz zwischen Beamten und Exekutive gegen die Massen. Selbst die Delegiertenversammlung, die als demokratischere Körperschaft bestimmt ist, der Bürokratie und dem Beamtentum entgegenzuwirken, scheint oft infolge ihrer Größe und ihres Mangels an Erfahrung nur zu leicht von den Leuten gelenkt zu werden, die zu kontrollieren sie bestimmt ist. Man kann also ganz mit Recht fragen, ob die Fehler der Gewerkschaftsleitung von heute sich nicht in den Gilden von morgen wiederholen werden.

In gewissem Maße ist diese Frage schon durch eine stillschweigende Voraussetzung beantwortet. Besonderen Nachdruck habe ich auf die Bedeutung der Berufs- und Bezirksvertretung gelegt, dadurch, daß die verschiedenen Ausschüsse wirklich zu einem Abbild des Willens der Gildenmitglieder gemacht sind, besonders durch die Wahlmethode für die Delegiertenversammlung. Wenn die Delegiertenversammlung, wie das heute leider in vielen Gewerkschaften der Fall ist, nur die größere Wiederholung des Exekutivausschusses ist, die in den verschiedenen Bezirken auf die gleiche Weise gewählt wird, hat das größere Organ keinen zügelnden Einfluß auf das kleinere. Der eine Wille kann dem anderen nur dann das Gleichgewicht halten, wenn man verschiedene Wahlmethoden zur Anwendung bringt. Ich habe daher eine Exekutive angegeben, die zur Hälfte aus Vertretern aller Beamtengrade jedes Bezirks und zur Hälfte aus den Landesvertretern jedes Berufes zusammengesetzt ist; aber über diese Körperschaft habe ich die Dele-

giertenversammlung gesetzt, die von jedem Beruf in jedem Bezirk besonders gewählt wird. Während also nun die Exekutive die Interessen des nationalen Berufes vertritt, haben die Vertreter jedes einzelnen Berufes die Möglichkeit, die Arbeit der Exekutive in der Delegiertenversammlung zu kritisieren; dem Gesichtspunkt „aller örtlichen Beamtengrade“ der Exekutive wird von der Delegiertenversammlung der örtliche „berufliche“ Gesichtspunkt entgegengesetzt.

Die örtliche und bezirksweise Vertretung wird nicht nur zur Herstellung der Harmonie zwischen den Ausschüssen und dem Willen der einzelnen Mitglieder dienen, sondern auch diesen gemeinsamen Willen entwickeln und stärken. Die meisten Probleme der Gewerkschaftsleitung lassen sich letzten Endes auf die Stumpfheit der Massen zurückführen. Sobald aber die Massen, wie es im Gildensystem der Fall sein müßte, nicht bloß ein unmittelbares Interesse am Produktionsprozeß haben, sondern auch die Mittel, ihr Interesse geltend zu machen, werden sie gar bald lernen, ihre Exekutive und durch sie, mittelbar sowie auch unmittelbar, ihre Beamten zu kontrollieren. Man interessiere die Mitglieder und gebe ihnen die Möglichkeit, ihr Interesse zu vertreten, und das Problem der industriellen Demokratie ist zum großen Teil gelöst.

Nehmen wir also an, daß die Gildenexekutive, gezügelt durch die Delegiertenversammlung, nicht bürokratisch, sondern tatsächlich ein Abbild des Willens ihrer Mitglieder sein wird. Wie wird sich in diesem Falle das Verhältnis zwischen Exekutive und Beamten gestalten? Offenbar wird der Beamte das Ausführungsorgan der Exekutive sein und nach ihren Anordnungen handeln. Er wird immer noch eine große Macht behalten, aber er ist auf Schritt und Tritt dem Willen einer wachsenden demokratischen Körperschaft unterworfen, wie es bei den Gewerkschaftsfunktionären auch heute der Fall sein würde, wären nur die Gewerkschaften aufmerksamer oder demokratischer —

oder sagen wir, wie es bei den Beamten der bestgeleiteten Gewerkschaften heute schon der Fall ist. Bei den Gilden wird dieses Prinzip bei allen Rangstufen Geltung haben; der Beamte wird ein Verwalter sein, der einem Ausschuß verantwortlich ist und von diesem geleitet wird, mag dieser die Reichsgildenexekutive, der Bezirksausschuß oder der Werk-ausschuß sein. Die Souveränität hat nicht der wie immer gewählte Beamte, sondern die repräsentative Körperschaft, oder letzten Endes die Masse der Mitglieder.

Das eben besprochene Problem, betreffend das Verhältnis zwischen Beamten und Ausschüssen ist ein verhältnismäßig einfaches. Ich komme jetzt zu der weit schwierigeren Frage der Beziehungen zwischen den verschiedenen Produktionseinheiten, örtlichen und nationalen, innerhalb der einzelnen Industriegilde. Einiges habe ich darüber schon im dritten und fünften Abschnitt dieses Kapitels gesagt, ich muß hier nur die Fäden meiner Beweisführung zusammenziehen. Wir haben gesehen, daß viele Anhänger des Mittelalters das Gildensystem um deswillen tadeln, weil es den Industrialismus und die Produktion im großen Maßstabe angenommen hat (Abschnitt III), und wir haben festgestellt, daß die Gilden mehr nach Art eines Kartells als nach Art eines Trusts organisiert werden müßten, in der Hinsicht, daß sie die Unabhängigkeit des einzelnen Werkes oder der einzelnen Fabrik respektieren (Abschnitt V). Es fragt sich nun, ob das angegebene Organisationssystem den kleinen Einheiten auch wirklich diese Unabhängigkeit innerhalb der großen Reichsgilde sichert. Erweist sich diese Annahme als irrig, so bedeutet das, wie ich durchaus zugebe, ein grundsätzliches Versagen des Reichsgildensystems.

Wie läßt sich nun diese Unabhängigkeit bewahren? Weniger durch Machtteilung als durch Funktionsteilung. Wir haben die Notwendigkeit einerseits der nationalen Organisation der Industrie, andererseits der örtlichen

Organisation der Produktion hervorgehoben. Sind diese beiden Gesichtspunkte miteinander vereinbar oder nicht?

Wir wollen zunächst präziser fragen, was eigentlich national organisiert werden soll. Sicherlich doch in erster Linie der „Kauf und Verkauf“, oder die „Regelung von Angebot und Nachfrage“. Es ist in Wirklichkeit nicht die Produktion, sondern der Handel, der eine nationale Kontrolle erfordert. Die Kollektivistin haben ganz recht, wenn sie auf dem Bedürfnis nach einer „nationalen Organisation der Industrie“ bestehen; aber sie haben weniger die Produktion, als den Warenaustausch national zu organisieren erstrebt. Die Menge der zu erzeugenden verschiedenen Waren und die Preise, die für sie festzusetzen sind — dies sind die Fragen, die mit Rücksicht auf das gesamte industrielle Leben der Nation gelöst werden müssen. Die vornehmste Aufgabe der Reichsgilden und der mit ihr auf einem kleineren Gebiet arbeitenden Bezirksausschüsse wird also darin bestehen, im Einvernehmen mit den Konsumenten Nachfrage und Angebot zu organisieren, und eine Preiskontrolle auszuüben. Die Reichsgilde wird den Warenaustausch in unmittelbarem Einvernehmen mit dem Staat organisieren, der Bezirksausschuß wird in analoger Weise mit den Gemeinde- oder Provinzialräten zusammenarbeiten. Ich behaupte durchaus nicht, daß dies die einzige Tätigkeit der nationalen Exekutive oder des Bezirksausschusses sein wird, aber jedenfalls ihre vornehmste.

Wenden wir uns nun einmal zu den einzelnen Werken. Wenn die Übel des modernen Industrialismus und der Produktion in großem Maßstabe vermieden werden sollen, muß die im einzelnen Werk beschäftigte Arbeitergruppe eine Selbstverwaltungsgruppe bilden. Diese braucht wiederum nicht so sehr den Warenaustausch, als die Produktion zu leiten. Der Werkausschuß wird ohne Zweifel auch Aufgaben zu erfüllen haben, die unter die Rubrik des Warenaustausches fallen, so wie die Reichsgilden auch mit Produktionsfragen zu tun haben werden, aber die erste Aufgabe der

Werke wird die Produktion, nicht der Warenaustausch sein. Der Warenaustausch wird vornehmlich durch den Bezirksausschuß geregelt werden, wo es sich um örtlichen Absatz handelt, oder durch die nationale Exekutive, wo nationaler oder internationaler Absatz in Frage steht; die Produktion hingegen wird von den verschiedenen im Bezirk befindlichen Werken geleitet, und wenn nicht Stillstand und ein totes Durchschnittsniveau die Regel werden soll, müssen die Werke die Freiheit haben, ihre Erzeugungsweise nach eigenem Ermessen zu organisieren.

So also wird der Streit geschlichtet. Man gebe jedem Werk die Selbstverwaltung in bezug auf die Produktion, aber die Organisation des Warenaustausches soll von einer nationalen Behörde geregelt werden, die mit den örtlichen Behörden zusammenarbeitet. Ist dies nicht eine zufriedenstellende Lösung sowohl im Hinblick auf die Forderung nach einem nationalen System im Interesse der Konsumenten, als auf die Forderung der Produzenten nach Freiheit in den Betrieben?

Natürlich ist das Problem nicht ganz so einfach, wie diese Lösung anzudeuten scheint. Dem Bezirk, und durch ihn der nationalen Behörde, müssen gegenüber den Werken gewisse Einspruchsmöglichkeiten gegeben sein. Aber diese Möglichkeiten werden schon durch den Austauschmechanismus gegeben sein. Die Werke werden ihre Waren zum Zwecke des Austausches dem Bezirksausschuß übergeben, und dieser wird die Produkte nach der von den Reichsgilden festgesetzten Preisliste bezahlen, wobei Quantität und Qualität der Erzeugnisse natürlich entsprechend berücksichtigt werden. Auf diese Weise wird jeder Versuch der Werke, schlechte und „liederliche“ Arbeit zu leisten, verhindert werden. Die Landes- und Bezirksausschüsse werden für die Erhaltung eines hohen Arbeitsniveaus sorgen müssen, aber die Werke werden sich selbst verwalten, und eine Einmischung von außen kann nur durch gelegentliche Kritik und als Antwort auf tatsächliche Beschwerden erfolgen.

Auf diese Weise bleiben die Unterschiede zwischen den verschiedenen Werken gewahrt, und jede Arbeitergruppe wird die Möglichkeit haben, sich auf die besonderen Produkte, die sie am liebsten erzeugt, zu spezialisieren, solange, bis die gesamte Nachfrage befriedigt ist. Eine Zentralisierung oder Normierung der Produktion findet nicht statt, denn sie wird überflüssig durch die Zentralisierung und Normierung des Warenaustausches. Die einzelnen Werke werden freie Selbstverwaltungseinheiten sein, in denen auch dem einzelnen Berufsarbeiter genügende Freiheit gegeben ist.

Ich bin überzeugt, daß wir, wenn wir uns den Unterschied zwischen Produktion und Warenaustausch erst einmal klargemacht haben, viele Unklarheiten beseitigt haben werden. Wie wir in einem früheren Abschnitt gesehen haben, hat nicht das Produzenten-, sondern das Händlerinteresse den Kapitalismus erfunden. Trennen wir einmal die Kontrolle dieser beiden, dann liegt der Weg offen zu der Verbindung von nationalem Industriesystem mit Freiheit für den Produzenten. Wir haben nun noch die tatsächliche Wirkung der Unabhängigkeit der einzelnen Werke auf die Produktionsmethoden zu erörtern, wieweit das Gildensystem den von Penty sogenannten „Industrialismus“ vernichten wird. Zu dieser Frage komme ich jetzt im letzten Abschnitt.

IX.

Wie weit wird das Reichsgildensystem den Industrialismus vernichten? Genau so weit, als es erforderlich ist, glaube ich, nicht weiter. Wenn man aber von mir verlangt, ich solle genau angeben, bis zu welchem Maße dies nötig sei, muß ich die Antwort schuldig bleiben.

Die Wirkung des Kapitalismus auf die gelernten Arbeiter ist uns allen wohlbekannt. Wir wissen, daß die neuen Erfindungen, statt den Arbeiter zu unterstützen, ihn unter den heutigen Bedingungen immer mehr zum Sklaven seiner Maschine machen. In der Maschinen-

Industrie nimmt beispielsweise die Zahl der halbgelernten Arbeiter im Verhältnis sowohl zu den gelernten, wie zu den ungelernten Arbeitern immer mehr zu. Wenn auf der einen Seite die Zahl der ganz Ungelernten abnimmt, da sie zur Bedienung der neuen vereinfachten Maschinen verwandt werden, so müssen auf der anderen Seite die gelernten Arbeiter dem steten Vordringen dieser neu rekrutierten angelernten Arbeiter Widerstand leisten. Die Anzahl der reinen Mechaniker nimmt ständig ab, die der Maschinisten zu, und von den gelernten Arbeitern gedeiht nur der Werkzeugmacher, weil er den halbgelernten Arbeitern hilft. Die Unternehmer nehmen jede Gelegenheit wahr, um die Heranziehung der halbgelernten Arbeiter zu den qualifizierten Arbeiten zu befestigen. So hat beispielsweise der durch den Druck der Kriegsarbeiten bedingte Mangel an Mechanikern zu einem ungeheuren Anwachsen der halbgelernten und ungelernten männlichen wie weiblichen Arbeiter geführt. Daher auch die dauernden Abgrenzungsstreitigkeiten, die eine Solidarität in der Maschinenindustrie bisher vereitelt haben.

Es wird die erste Aufgabe der Gilden sein, die moderne Industrie von solchen Streitigkeiten zu befreien. Die brüderliche Selbstverwaltung der Gilden wird alle Rangstreitigkeiten unter sich erledigen; sie wird weniger die Verbilligung der Produktion im Auge haben, die der einzige Gedanke des Kapitalisten ist, als die Erhaltung eines hohen Arbeitsniveaus, verbunden mit vernünftiger Leistungsfähigkeit und Billigkeit. Die „billigen und schlechten“ Waren werden durch gute ersetzt, zu einem „angemessenen Preise“ verkauft und zu angemessenen Selbstkosten hergestellt werden.

Diese Umänderung wird die Produktion im Großen nicht vernichten, aber sie wird den Arbeitern die Entscheidung ihres eigenen industriellen Schicksals in die Hand geben. Von den Wünschen der Gildenleute, sowie von den materiellen Bedürfnissen, welche die Produktion zu befriedigen hat, wird es abhängen, ob die Produktion auf großen Maß-

stabe beibehalten werden wird oder nicht. Sollte es sich in irgendeinem Falle herausstellen, daß die Produktion im Großen notwendig zu schlechter Arbeit oder zur Brutalisierung der Arbeiter führt, dann wird die Gilde dafür sorgen, daß diese Art der Produktion beseitigt oder entsprechend umgeändert wird. Aber wenn es zur Ausschaltung der Maschinen kommen sollte, wird dies nicht infolge einer allgemein gegen die Maschinen gerichteten Bewegung geschehen, sondern als Ergebnis der Entdeckung, daß diese oder jene bestimmte Maschine die betreffende Industrie entwürdigt. Die Methode, schlechte Maschinen zu zerstören, wird eine experimentelle sein und den Vorteil haben, daß sie uns die guten Maschinen erhalten und die schlechten vielfach verbessern helfen wird. Auch dieser Prozeß wird sich allmählich und nicht in Katastrophen vollziehen, dabei aber durchaus revolutionär bleiben.

Es gibt allerdings Leute, die den modernen Industrialismus an sich schon für entwürdigend halten und alle Versuche zu seiner Reform von vornherein als zum Scheitern verurteilt ansehen. Ihrer Ansicht nach liegt der Fehler solcher Reformer darin, daß sie selbst an die Sache, die sie verbessern wollen, nicht glauben; ihre Vision des sozialistischen Staates sei bloß die Vision eines demokratischeren Industrialismus. Kurzum, sie geben dem Arbeiter vielleicht Selbstverwaltung, aber sie geben ihm keine Freiheit.

Darauf kann ich im wesentlichen nur antworten, daß, selbst wenn diese Leute das richtige Ideal hätten und auch recht hätten, wenn sie den anderen Menschen den Glauben an dieses Ideal einzuflößen versuchen, ein Revolutionär nicht bloß die Ziele, sondern auch die Mittel erwägen muß. Es genügt nicht, „News from Nowhere“ („Kunde von Nirgendwo“) zu haben, solange wir keine richtige Vorstellung vom „Lohnsystem und seiner Abschaffung“ besitzen. Denn schließlich sind wir nicht nur dazu da, um zu träumen — was wir zur Erhaltung unserer Gesundheit

zu tun genötigt sind — sondern auch dazu, um die Revolution zu vollbringen. Wir sind genötigt, unser Bildwerk erst aus dem Marmorblock herauszumeißeln, und das Material, mit dem wir zu arbeiten haben, ist der moderne Lohnsklave.

Meine Einwendungen gegen die Vertreter des Mittelalters richten sich dagegen, daß sie in ihrer Revolution keine Zwischenstufen haben. Ihre Revolution ist eine rein geistige, von der sie hoffen, daß sie auch von irgendwelchen materiellen Erschütterungen begleitet sein wird. Auch ich wünsche eine geistige Revolution, aber ich glaube, daß sich die Gesinnungen ebensowenig plötzlich ändern, wie die Einrichtungen. Arbeiten wir also mit allen Mitteln auf eine Veränderung der Gesinnung hin, aber fangen wir gleichzeitig an, unsere Einrichtungen zu ändern. Wir müssen vor allen Dingen anfangen, dans le sein du système capitaliste, wie ein französischer Schriftsteller gesagt hat, die Einrichtungen zu entwickeln, die imstande sein werden, den Kapitalismus zu ersetzen.

Ich weiß nicht, welche Rolle die Maschinen in der künftigen Gesellschaft spielen werden, und glaube auch nicht, daß ein anderer das wissen kann. Wir haben bisher die Maschinen so ausschließlich dazu verwendet, den Menschen zu versklaven, daß wir uns gar keine Vorstellung davon machen können, wie wir sie benutzen sollten, um den Menschen freier zu machen. Eine Zivilisation, in der die Maschinen die qualifizierte und die Menschen die schmutzige Arbeit tun, ist gar nicht in der Lage, die Möglichkeiten des umgekehrten Systems zu übersehen. Wir können hoffen, daß es immer mehr Maschinen geben wird, welche die schmutzigen Arbeiten für die Allgemeinheit verrichten werden. Soll aber den Maschinen der ihnen zukommende Platz angewiesen werden, d. h. sollen sie die notwendigen schmutzigen oder rein mechanischen Arbeiten übernehmen, dann ist die erste Bedingung, daß der Handwerker die Kontrolle über sein Handwerk wiedergewinnt,

daß die Gewerkschaften sich um das Produktionsniveau kümmern, und daß der ungelernte Arbeiter mit seiner Maschine nicht mehr den gelernten Mechaniker zum Nachteil der Qualität des Erzeugnisses nachhafft.

Die Maschinenfrage ist aber nicht die einzige Frage im allgemeinen Problem des Industrialismus. Wir müssen uns fragen, wieweit die Produktion im Großen fortbestehen wird. Beide Fragen hängen eng zusammen, da das Aufkommen der Maschinen die Produktion im großen Maßstabe erst ermöglicht hat, aber sie sind nicht miteinander identisch. Die Produktion im Großen könnte mit viel weniger Maschinen fortbestehen, sie könnte aber auch, wenn mit fortschreitender Entwicklung die Elektrizität leichter teilbar und billiger übertragbar wird, verschwinden, während die Zahl der Maschinen zunimmt.

Ich möchte hier von neuem auf den Unterschied zwischen Produktion und Handel hinweisen. Wir haben gesehen, daß die Gilden die große Einheit dem Handel vorbehalten werden, aber was auch mit den Maschinen geschehen mag, so steht zu hoffen, daß die kleine Einheit der eigentlichen Produktion verbleiben wird. Neuere Forschungen über Industrie Probleme, besonders Professor Chapmans Untersuchungen über die Lancashirer Baumwollindustrie, zeigen uns, daß der Umfang des „Muster“-Betriebes mit der Konzentration des Kapitals nicht notwendig zunimmt. Das heißt, der Kapitalist braucht seinen Produktionsumfang nicht zu vergrößern, wenn er den Umfang seines Handels vergrößert. Die Erfahrung lehrt uns, daß früher sogar die Neigung bestand, den Produktionsumfang über die Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hinaus zu steigern, und daß der Kapitalist, selbst von seinem eigenen Standpunkt aus, seine Fabriken zu groß werden ließ.

Da nun ein nationales System durchaus noch keine Produktion im großen Maßstabe voraussetzt, wird es offenbar den Gilden überlassen bleiben, den Umfang ihrer Produktion zu

bestimmen. Sie werden bestimmten Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit entsprechen müssen, aber sie werden diese sowohl bezüglich der Qualität als der Quantität selbst bestimmen. Der Umfang der Produktion wird bei den einzelnen Industrien voraussichtlich sehr verschieden sein, aber wir können mit gutem Grund annehmen, daß im allgemeinen der Umfang gegenüber dem heute üblichen eher ab- als zunehmen wird.

Dies alles betrifft die Freiheit in den Gilden weit mehr, als es zunächst den Anschein hat, denn die Freiheit wird nur dann erreicht, wenn die Kontrolle des Individuums über seine eigene Arbeit zur Tatsache wird. Man mache einen Menschen stimmberechtigt unter anderen Stimmberechtigten in einer demokratischen Gemeinschaft; dann ist es mindestens eine halbe Wahrheit, daß das Maß an Kontrolle, das ihm gegeben ist, zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen im umgekehrten Verhältnis stehen wird. So kann die Kontrolle des Einzelnen im Betrieb nur dann eine tatsächliche sein, wenn der Betrieb klein ist, es sei denn, daß wie in den Kohlengruben in der Regel nur die einfachsten und gleichartigsten Fragen entschieden werden. Wo die Leitung eine größere Kompliziertheit erfordert, muß die Reichsgilde in möglichst kleine Einheiten zerlegt werden, sonst hat der einzelne nur Selbstverwaltung ohne Freiheit. Selbstverwaltung ist nur das Mittel zur Freiheit, und Freiheit ist die zur Tatsache gewordene Selbstverwaltung.

Ehe wir jedoch darüber beschließen, welchen Umfang die Produktion der Gilden haben soll, müssen wir erst die Gilden selbst schaffen. „Zerstörung des Industrialismus“ klingt sehr schön, aber hilft uns hier nichts. Nur durch Stärkung der Gewerkschaftsbewegung können wir auf eine neue industrielle Revolution hoffen, die der Mensch lenkt, während er von der letzten gelenkt worden ist; nur durch eine solche Revolution kann der Handwerker hoffen, wiederum zum wirklichen Handwerker zu werden. Wenn

die Gildenanhänger also ihr Augenmerk allzuoft auf das „Lohnsystem und seine Abschaffung“ sowie auf Schutzmaßnahmen und Einspruchsmöglichkeiten gegen die Macht der Konsumenten oder Produzenten richten und zu selten auf das ewige Problem des Handwerkers, wie Kunst und Industrie miteinander zu vereinen sind, muß der Handwerker uns gegenüber nachgiebig sein. Seine Stimme erklingt heute wie ein Schrei in der Wildnis, und wir behaupten, daß er, wenn wir erst am Ziele wären, seine Stimme zumindest an einer viel hoffnungsvolleren Stelle ertönen lassen könnte. Wenn die lebendige und klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung die Gilden erzeugt haben wird, dürfen wir hoffen, daß die nun zu ihren eigenen Herren gewordenen Arbeiter die Fähigkeit und Muße haben werden, William Morris zu verstehen. Das Gildensystem wird Morris in sich aufnehmen; unter kollektivistischem Regime würde man seiner nur als eines ganz unpraktischen Sozialisten gedenken, der so wenig auf dem Laufenden war, daß er es sogar ablehnte, der Fabian Society beizutreten.
